

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Seehausstr., Augustastr. 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die vierspaltige Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verlagsmitgl. sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übermittlung.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Eröffnung unseres Verbandsparlaments. Rundschau. Soziale Monatschau. Der Kampf um den Mehrwert, 1. Berufliche und soziale Gliederung in Deutschland. — **Allgemeines:** Die technischen Umwälzungen im graphischen Gewerbe. Sorgen macht Sorgen. Ortsberichte: Saalfeld a S — **Der Lithograph:** Die Lithographenkonferenz. — **Der Steindrucker:** Die Steindruckerkonferenz. — **Die photomech. Fächer:** Die Chemigraphenkonferenz. — **Feuilleton:** Etwas von der Farbe. Vom Büchertisch. — **Anzeigen,**

Bekanntmachungen.

Chemigraphen, Achtung!

Bei Stellungswechsel von deutschen Chemigraphen nach Lyon (Frankreich) ist zu beachten, daß hier noch die 10stündige Arbeitszeit herrscht. Daher ist entweder eine kürzere Arbeitszeit oder ein der langen Arbeitszeit entsprechender Lohn zu fordern. Auch ist die Bezahlung der Feiertage zu verlangen. Die Auskunftserteilung haben die Lyoner Chemigraphen dem Unterezeichneten übertragen.
F. Hassel, Lyon (Frankreich),
29 Avenue de Saxe prolongée.

Differenzen in Holland.

Die Firma *Flack in Sneek* (Holland) ist gesperri, da Differenzen ausgebrochen sind. Die Firma versucht mit Hilfe des Druckereizensors Nichtverbändler zu engagieren. Nähere Auskunft erteilt
W. van Dijk, Amsterdam,
Groen van Prinstererstr. 12.

Die Eröffnung unseres Verbandsparlaments.

Vergangenen Sonntag, den 10. August 1913, pünktlich um 2 Uhr nachmittags wurde die Generalversammlung unserer Organisation im festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses in Stuttgart eröffnet. In kurzen Worten brachte unser Verbandsvorsitzender Kollege Sillier den Wunsch zum Ausdruck, daß die Arbeit und die Beschlüsse unseres Verbandsparlaments der Organisation und allen ihren Mitgliedern zum Vorteil und zum Segen gereichen möchten. Neben 69 Delegierten der Mitglieder aus allen Gauen des deutschen Reiches konnte er die Kollegen Mühlberger-Wien, Greutert-Bern und Kopp-Christiana als Vertreter unserer Bruderverbände in Österreich, der Schweiz und Norwegen, sowie Genossin Thiede als Vertreterin des Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiterverbandes, Genossen Reichert als Abgeordneten des Xylographenverbandes und Genossen Bildemann als Vertreter des Stuttgarter Gewerkschaftskartells auf unserm Verbandstage willkommen heißen. (Der Vertreter der Generalkommission Genosse Cohen konnte erst von Montag ab an den Verhandlungen teilnehmen.) Ferner waren auf dem Verbandstage Vertreter des Hauptvorstandes, des Zentralausschusses, der Redaktion der »Graphischen Presse« und des Lithographenteils unseres Verbandsorgans, sowie die Zentralkommissionsvorsitzenden und Gauleiter anwesend.

Der Eröffnung des Verbandstages durch Kollegen Sillier folgte eine herzliche Begrüßung des Verbandsparlaments durch den Vertreter und Vorsitzenden der Mitgliedschaft Stuttgart,

Kollegen Schaub, der die Delegierten und Gäste in der schönen Hauptstadt des Schwabenlandes aufs Beste bewillkommnete und ihren Arbeiten vollen Erfolg wünschte. Diesen Wünschen schlossen sich die Vertreter der befreundeten deutschen und ausländischen Verbände in warmherzigen, zum Teil recht eingehenden Darlegungen über das Verhältnis ihrer Organisation zu unserm Verbands an.

Die Eröffnung erreichte ihren Höhepunkt durch den erhebenden Gesang des Uthmannschen Kampfliedes Tord Foleson, das in formvollendeter Weise von einem Arbeitersängerkhor zu Gehör gebracht wurde. Wuchtig, anfeuernd und zukunftsreich singt das alte Norwegelied von dem tapferen Bannerträger Tord Foleson:

»Denn wie er die tödliche Wunde empfing,
Welt vor in den Kampf mit dem Banner erging.
Und bevor er fiel, mit der letzten Kraft
Fest in die Erde stieß er den Schaft! —
Und die alte Sage, sie tut uns kund:
Tord fiel zu Boden, doch das Banner stund!
Und solches soll fürder ein jeder noch wagen,
Der das Freiheitsbanner im Kampfe mag tragen.
Der Mann mag sinken, wenn das Banner nur steht,
Gleich jenem in Norwegs Feld, wie die Sage geht.
Und das ist das Herrliche, Große auf der Welt:
Das Banner steht, wenn der Mann auch fällt.«
Und dieses Banner Tord Folesons möge immer und zu allen Zeiten das Sinnbild und Wahrzeichen der modernen Arbeiterbewegung bis zu ihrem endlichen Siege sein.

Dieser feierlichen Eröffnung folgte die Wahl der Leitung des Verbandstages, mit der die Kollegen Leinen-Dresden und Böhme Stuttgart als Vorsitzende und Hentschel-Leipzig und Schneidereit-Berlin als Schriftführer betraut wurden. In die Mandatsprüfungskommission wurden die Kollegen Fisch-Berlin, Lorenz-Dresden, Zappe-Altwasser, Mittendorf-Braunschweig und Köhler-Leipzig gewählt. Diese Kommission soll gleichzeitig als Beschwerdekommission wirken.

Damit war der erste Punkt der Tagesordnung des Verbandstages erledigt und der Kollege Herbst erhielt das Wort zu seinem Vortrage über die technischen Umwälzungen im graphischen Gewerbe. Das Herbstsche Referat wird an anderer Stelle dieser Nummer unseres Blattes als besonderer Artikel behandelt werden, sodaß im Rahmen des vorliegenden Artikels nur auf die im Verhandlungssaale aufgemachte Ausstellung von Drucken in allen alten und neuen Reproduktionsverfahren hingewiesen werden muß, durch die das Referat besonders anschaulich gestaltet wurde.

Es war sehr erfreulich, daß die Stuttgarter Kollegen und die Kollegen aus den Nachbarmitgliedschaften grade der Eröffnungssitzung des Verbandstages ein sehr reges Interesse entgegenbrachten. Das zeigte sich an dem außerordentlich starken Besuch; die geräumigen Galerien des Saales, die für die Gäste reserviert waren, waren dicht gefüllt. Dadurch kam das großzügige, mehr als zweiseitige Referat des Kollegen Herbst nicht nur den Delegierten der Generalversammlung, sondern schon von

vorherin einem weiteren Kreise von Kollegen zu gute. Möchte es Veranlassung werden, daß auch in anderen Orten rege an der technischen Aufklärung und Weiterbildung unserer Kollegen gearbeitet wird. Diese ist grade in der gegenwärtigen Zeit, in der eine technische Umwälzung die andere drängt, eine zwingende Notwendigkeit.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission, die die Gültigkeitserklärung aller Mandate beantragte, welchem Antrage die Generalversammlung entsprach, wurde die Eröffnungssitzung unseres Verbandstages gegen 5 Uhr nachmittags geschlossen. Sie war ein vielversprechender Auftakt zu den eigentlichen Verhandlungen unseres Verbandsparlaments.

Der Eröffnungssitzung ging bereits am Sonnabend, den 9. August eine Gauleiterkonferenz voraus, an der neben den Vertretern des Hauptvorstandes, des Zentralausschusses und der Redaktion der »Graphischen Presse« Vertreter aller 12 Gaue des Verbandes teilnahmen. Die Konferenz hat in anstrengender, den ganzen Tag füllender Beratung die Arbeit der Generalversammlung in gründlicher Weise vorzubereiten versucht und man darf wohl sagen, daß sie dieser Aufgabe voll und ganz gerecht geworden ist.

Zunächst beschloß sie, der Generalversammlung die Ergänzung der provisorischen Tagesordnung durch die Einschaltung des Punktes »Volksfürsorge« und die Erweiterung des Punktes »Unsere Lehrlingsabteilung« zu einer eingehenden Behandlung des ganzen Lehrlingswesens und der Lehrlingsabteilung zu empfehlen. Sie wurde sich ferner schlüssig, von einer besonderen Behandlung der Industrieverbandsangelegenheit durch ein Referat und ein Korreferat abzuraten, aber zu empfehlen, über die zu dieser Sache gestellten Anträge im Anschluß an den Punkt »Unsere Lohnbewegungen« eine Aussprache herbeizuführen.

Schließlich fand eine vorbereitende Besprechung der verschiedenen Tagesordnungspunkte und der dazu gestellten Anträge und eine Aussprache über eine Reorganisation unserer Hauptverwaltung, über die neuingerichtete Kartothek, über die systematische Ausgestaltung der Statistik usw. statt, worauf die Konferenz geschlossen wurde. Die Tagung hat zweifellos der Generalversammlung die Arbeit wesentlich erleichtert und somit auch ihren Zweck durchaus erfüllt.

Der Eröffnungssitzung folgten am Montag, den 11. August die Branchenkonferenzen der Lithographen, Steindrucker und Chemigraphen; die Delegierten der anderen Branchen nahmen an der Konferenz derjenigen Berufsgruppe teil, deren Verhandlungen für sie das meiste Interesse boten. So beteiligten sich z. B. die Lichtdrucker an der Chemigraphenkonferenz. Über die Verhandlungen der Branchenkonferenzen und über ihre Ergebnisse wird an anderer Stelle dieser Nummer, und zwar in den betreffenden Sparten, berichtet.

Zum Schluß sei noch der trefflich gelungene Begrüßungsabend erwähnt, den die Mitgliedschaft Stuttgart zu Ehren der Generalversammlung und der Delegierten veranstaltete. Er galt gleichzeitig der Feier des vierzigjährigen Jubiläums unserer Stuttgarter Organisation.

Das Stuttgarter Konzertorchester, der Gesangverein Freiheit in Heslach und die schwäbische Liedergemeinschaft vom Königlichen Hoftheater in Stuttgart hatten sich in dankenswerter Weise in den Dienst unserer guten Sache gestellt und sie boten den Festteilnehmern, die den riesigen Saal der Brauerei Dinkelacker bis auf den letzten Platz füllten, einen an auserlesenen künstlerischen Genüssen reichen Abend, der allen unvergeßlich bleiben wird. Die aus allen Teilen Deutschlands und aus unseren ausländischen Bruderverbänden nach Stuttgart geeilten Abgeordneten lernten an diesem Abend schwäbische Gemütlichkeit, schwäbische Gastfreundschaft und schwäbische Art von der besten und anheimelndsten Seite kennen.

In einer gutdurchdachten, zündenden Festrede wies Kollege Böhme-Stuttgart auf die Bedeutung des Tages hin. Außerdem entrollte Kollege Sillier vor den Anwesenden ein großzügiges Bild von der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und besonders unserer Organisation. Hauptsächlich wandte er sich an die Frauen mit der dringenden Mahnung, die Gewerkschaftsarbeit nicht zu hemmen, sondern tatkräftig zu fördern, da alle Erfolge des gewerkschaftlichen Ringens nicht nur den Kämpfern, sondern auch ihren Frauen und Kindern zugute kommen. So wurde auch dieses Fest bei aller Lust und Freude, die es den Teilnehmern brachte, ein Mahner zur treuen Erfüllung gewerkschaftlicher Pflichten, ein Werber für unsere Ideen und ein anfeuernder Ruf zu unverbrüchlicher Solidarität und Einigkeit.

Rundschau.

Fortschritte des Kupfertiefdrucks. Die amerikanische Maschinenfabrik von Hoe & Co. kündigt eine Rotationsmaschine für gleichzeitigen Schön- und Widerdruck an, auf der Illustrationen und Schriftsatz in einer Form von auf photomechanischem Wege erzeugten Ätzungen gedruckt werden.

Über den Ministerverbrauch in Deutschland brachte die Berliner »Volkszeitung« kürzlich folgende interessante Statistik: »Der Kriegsminister v. Heeringen war der 10. Minister unter Kaiser Wilhelm II. In seinem eigenen Amt hatte Herr v. Heeringen sechs Vorgänger. So groß auch die Zahl von sieben Kriegsministern in den 25 Regierungsjahren des Kaisers erscheinen mag, so gab es doch in anderen Ressorts noch häufigeren Wechsel. Am häufigsten war der Wechsel im Ministerium des Innern, das jetzt seit dem Regierungsantritt des Kaisers der neunte Minister verwarf. Nächst den preußischen Ministern des Innern folgen der Zahl nach die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes. Herr v. Jagow ist der achte Staatssekretär. Die Zahl der Staatssekretäre des Reichsschatzamtes beträgt sieben. Die Zahl sechs kehrt mehrere Male wieder. Wir hatten, wenn die noch im Amt befindlichen Minister eingechnet werden, sechs preußische Ministerpräsidenten, sechs Kultusminister, sechs Handelsminister und sechs Landwirtschaftsminister. Das Reichskolonialamt wird jetzt zum sechsten Male wechselnd verwaltet. Allerdings sind hierbei die Direktoren eingerechnet, die an der Spitze des Reichskolonialamts standen, bevor es vom Auswärtigen Amt abgetrennt wurde. Sol ist seit der Abtrennung der dritte Staatssekretär. Die Zahl der übrigen Minister unter dem Kaiser ergibt sich folgendermaßen: Wir hatten fünf Reichskanzler, vier Staatssekretäre des Reichsamts des Innern, vier Staatssekretäre des Reichsjustizamts, vier Staatssekretäre des Reichsmarineamts, vier preußische Finanzminister, vier preußische Justizminister und vier Minister der öffentlichen Arbeiten. Den seltensten Wechsel sah das Reichspostamt, an dessen Spitze seit Gründung des Deutschen Reiches der dritte Staatssekretär steht. — Dieses System kostet die deutschen Steuerzahler hübsche Summen.

Über den »Patriotismus«, der zur Zeit wieder in Deutschland ein Fest nach dem andern feiert, sagt der große russische Dichter Graf Leo Tolstoj: Der Patriotismus ist in unseren Tagen ein grausames Erbe einer überlebten Zeit; wenn er erhalten wird, so geschieht es durch die Macht des Beharrungsvermögens und auch deshalb, weil die Regierungen und die herrschenden Klassen, fühlend, daß ihre Macht und sogar ihre Existenz

daran hängt, sich bemühen, ihn durch List und Gewaltmittel im Bewußtsein des Volkes zu erhalten. Der gegenwärtige Patriotismus ist einem Gerüst ähnlich, das dazu gedient hat, ein Bauwerk zu errichten; jetzt hindert es, um hinein zu gelangen, man beseitigt es aber deshalb nicht, weil es *einigen Leuten von Nutzen ist*. Der Patriotismus in seiner einfachsten und klarsten Form ist für die Regierungen nichts anderes als eine Waffe, die ihnen ermöglicht, ihre *ehrgeizigen und selbstsüchtigen Ziele zu erreichen*: für die Regierten dagegen ist er der *Verlust jeglicher menschlicher Würde, jeder Vernunft, jedes Bewußtseins und die knechtische Unterwerfung unter die Machthaber*. Das ist der Patriotismus überall, wo man ihn predigt. Der Patriotismus ist die *Sklaverei*! — Vor Zeiten befand sich die Macht in den Händen eines Häufchens Regierender: der Kaiser, Könige, Herzöge nebst ihren Beamten und ihren Kriegern. Heute sind diejenigen, die an dieser Macht teilnehmen und von Vorteilen derselben Nutzen ziehen, nicht nur die Beamten und die Geistlichkeit, sondern auch die großen und kleinen Kapitalisten, die *Besitzer, die Bankiers*.

Eine englische Gewerkschaftsbank. Die Gründung einer Gewerkschaftsbank, die von den englischen Gewerkschaften schon längst geplant war, ist nunmehr vor sich gegangen. Die Bank wird den Namen »National Cooperative Bank« erhalten und ihren Sitz in London haben. Die Anregung zur Gründung dieser Bank kam aus den Schwierigkeiten, die die Trade Unions hatten, als sie während der großen Streiks des vergangenen Jahres Geld aufnehmen wollten, um die Streikunterstützungen auszahlen zu können. Das Parlamentarische Komitee vor seinen Bericht dem Trade Unions-Kongreß im September vorlegen. Die Gründer der Bank wollen inzwischen aber alle Vorbereitungen vollenden. Die Bank ist mit einem Kapitale von 100000 Pfund Sterling (2 Millionen Mk.) gegründet worden in Anteilen von je 10 Pfund Sterling (200 Mk.). Die Betriebsgewinne werden unter den Kunden der Bank verteilt. Die Fonds der Trade Unions beziffern sich auf ungefähr 160 Millionen Mark, bei einer Jahresbilanz von 100 Millionen Mk. Die Bank soll in erster Linie das ihr überwiesene Geld der Trade Unions im Interesse dieser zu verwenden suchen, doch wird auch beabsichtigt, Gewerkekreise und kleine Kapitalisten aus Arbeiterkreisen heranzuziehen. Eine Reihe hervorragender Arbeiterführer hat dem neuen Unternehmen ihre Zustimmung gegeben; desgleichen auch andere in der Öffentlichkeit stehende Personen.

Verschmelzungsverhandlungen wurden in der letzten Zeit zwischen den Verbänden der Bureauangestellten und Handlungsgehilfen geführt. Der Vorstand der Bureauangestellten teilt nun den Verbandsmitgliedern mit, daß er eine Verschmelzung als unzweckmäßig ablehnen mußte. Als Grund wird angegeben: 1. Die Verschmelzung werde von den Gegnern als Schwächezeugnis gedeutet und ausgelegt. 2. Die wirtschaftlichen Berührungspunkte zwischen Handlungsgehilfen und Bureauangestellten seien nur geringe. 3. In einem großen Verbandsverbande müssen die kleinen Branchen nicht genügend berücksichtigt werden und 4. seien in den taktischen Auffassungen beider Verbände große Verschiedenheiten vorhanden, insbesondere sei der Zentralverband der Handlungsgehilfen parteipolitisch nicht so neutral, wie der Bureauangestelltenverband es für notwendig halte. Dafür regt der Vorstand des letzteren die Diskussion der Frage an, wie eine einheitliche Angestelltenorganisation geschaffen werden könne. Dazu bemerkt das »Correspondenzblatt der Generalkommission«: »Der letztere Vorstand erscheint uns zurzeit indiskutabel und mehr als ein Versuch, die Verschmelzungsdiskussion auf das tote Glets zu lenken. Dagegen halten wir es aber für sehr erforderlich, den wichtigsten aus Nr. 4 bezeichneten Einwand zu erklären, weil von der taktischen Geschlossenheit einer Organisation ihre Werbe- und Kampftätigkeit in hohem Grade abhängig ist.« Warum sich die Bureauangestellten plötzlich vor der Parteipolitik der Handlungsgehilfen so sehr bekreuzigen, ist uns unverständlich. Sicherlich sind auch diese nicht über die in den freien Gewerkschaften übliche Parteipolitik hinausgegangen. Der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen tritt vernünftigerweise für eine Verschmelzung ein und steht auch dem Gedanken einer einheitlichen Angestelltenorganisation sympathisch gegenüber, hält aber den Zeitpunkt dafür noch nicht für gekommen.

Zur internationalen Kalenderreform. Der von dem internationalen Kongresse der Handelskammern wiederholt beifürwortete Plan zur Schaffung eines internationalen Kalenders wird fortgesetzt erörtert. Eine Kommission, die in Brüssel ihren Sitz hat, ist seit längerer Zeit damit beschäftigt, die verschiedenen Vorschläge auf diesem Gebiet auf ihre praktische Verwendbarkeit zu prüfen. Am meisten Aussicht auf allgemeine Zustimmung scheint der Vorschlag des Mathematikers an der Universität Genf, Professor Grosclaude, zu haben, nachdem neuerdings sein ursprünglicher Vorschlag, den er schon vor einer Reihe von Jahren der öffentlichen Kritik unterbreitete, einige Verbesserungen erfahren hat. Professor Grosclaude teilt das Jahr in vier Vierteljahre ein, von denen jedes einen Monat von 31 Tagen und zwei Monate von 30 Tagen hat; der Monat mit 31 Tagen folgt auf die beiden mit 30 Tagen. Jedes Vierteljahr beginnt mit einem Montag und endet

mit einem Sonntag. Der 365. Tag wird der Neujahrstag, er liegt zwischen Sonntag, dem 31. Dezbr., und Montag, dem 1. Januar. Der 366. Tag im Schaltjahr ist eingeführt zwischen Sonntag, dem 31. Juni und Montag, dem 1. Juli. Der Hauptvorteil dieser Einteilung liegt darin, daß der 15. und 30. jedes Monats, die Haupt-, Zahl- und Gehaltstage, niemals auf einen Sonntag fallen. Dagegen sind die 31. Tage jedes Monats immer am Sonntag, als Zahltag wird daher ein für allemal der 30. festgelegt. Der 1. jedes Monats ist ein Arbeitstag. Die Monate mit 31 Tagen haben 5 Sonntage und die mit 30 Tagen nur 4, infolgedessen haben sämtliche Monate gleichmäßig 26 Arbeitstage. Alle Zinsberechnungen können dann mit vollem Rechte das Jahr mit 360 Tagen annehmen, weil die 31. Tage alle Sonntage sind und infolgedessen alle Monate 30 Tage haben, die in kaufmännischem Sinne mitsprechen. Ostern ist auf den 7. April gelegt, das ist der erste Sonntag des April. Dieser Vorschlag entspricht dem Wunsche des Deutschen Handelstages, der sich für den gleichen Termin ausgesprochen hat. Die Festtage Mariä-Himmelfahrt und Allerheiligen fallen auf einen Mittwoch und teilen infolgedessen zwei Arbeitswochen durch einen Feiertag. Außerdem fällt Weihnachten auf einen Montag, infolgedessen sind die Feiertage im letzten Teile des Jahres etwas zahlreicher, ein Umstand, der jedoch kaum ins Gewicht fällt.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 11. August 1913.

Neue Unfallverhütungsvorschriften. Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Gegenseitigkeit der Angestellten-Versicherung. Kampfansage der Ärzte und Verbeugung der Reichsregierung. Handwerkerwünsche.

Laut § 857 der neuen Reichsversicherungsordnung sollen die Vorstände der Berufsgenossenschaften alljährlich eine Sitzung einberufen, zu der die Vertreter der Versicherten hinzugezogen werden müssen. Die Notwendigkeit solcher Zusammenkünfte bestand schon früher, sie haben den Zweck, die Unfallverhütungsvorschriften zu prüfen und evtl. durch Abänderungsanträge zu verbessern. Dieser neuen gesetzlichen Verpflichtung kam die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft durch Einberufung einer Sitzung nach, in der die bisher bestehenden Vorschriften zwar wesentlich verbessert, doch den Wünschen der Arbeiter nicht völlig angepaßt wurden. Den Berichten der Gewerbeinspektoren ist zu entnehmen, daß Frauen zum Transportieren von Balken, ferner auch zu der außergewöhnlich gefährlichen Bedienung der schnell rotierenden Holzbearbeitungsmaschinen Verwendung finden. Ein von den Arbeitervertretern gestellter Antrag, der in Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Holzbearbeitungsmaschinen ein Verbot der Frauenarbeit wünscht, wurde abgelehnt. Eine wichtige Rolle in der Holzindustrie spielt die Welle der Abrihtmaschine. Nach einer statistischen Erhebung sind sogar noch in Berlin in 50 Abrihtmaschinen die sogenannten Verkantwellen vorhanden. Die Unfallgefahr bei dieser Welle ist durch die Wanderausstellung des Holzarbeiterverbandes genügend gekennzeichnet. Einen Antrag, der nur die Benutzung der runden massiven Messerwelle fordert, stimmte der Vorstand der Berufsgenossenschaft nieder, verboten ist nur die Rundgestaltung der Welle durch Holzbalken. Die Vertreter der Versicherten besprachen ferner die Betriebsbedingungen und die Beschaffenheit der Maschinen. Von Interesse ist, daß es Arbeitgeber gibt, die bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften mit Entlassung vorgehen. Wiederholt ist es vorgekommen, daß Arbeiter aus dem Grunde demgemäß vom Verbandsunterstützt werden mußten, weil sie in Gegenwart des Unternehmers den Gewerbeinspektor auf das Fehlen von Schutzvorrichtungen aufmerksam machten. Es gibt eben auch Unternehmer, die es gern sehen, wenn der Arbeiter ohne Schutz arbeitet, da die zu verrichtende Arbeit dadurch etwas beschleunigt wird. Auf alle diese Anklagen hatte der Vorstand nur die Antwort, daß in solchen Fällen Beschwerde bei der Berufsgenossenschaft geführt werden soll, dann würde für Abhilfe gesorgt. Der unzureichende Arbeiterschutz ist vielfach auf die ungenügende Kontrolle der Betriebe zurückzuführen, wurden doch von 49115 Betrieben in einem Jahr nur 6284 revidiert, so daß 42831 Werkstätten — darunter 23352 Großbetriebe — keinen Besuch der Aufsichtsbeamten erhielten. Die wenigen technischen Angestellten der Berufsgenossenschaften können eben keine genügende Revision ausüben. Wie viele Mängel noch in den Betrieben vorhanden sind, geht aus dem Bericht einer Unfallschutzkommission des Holzarbeiterverbandes hervor. Danach hatten 50% aller Betriebe keine Staubabsaugung. An 8 Kreissägen zum Längsschneiden fehlte der Spaltkeil. 22 Unfälle waren auf das vollständige Fehlen von Schutzvorrichtungen zurückzuführen. In 8 Fällen verschuldete mangelhafte Beschaffenheit der Vorrichtungen die Unfälle. In 15 Fällen enger ungenügender Arbeitsraum. Wenn man bedenkt, daß das nur ein Bruchteil der Erhebungen ist, so dürfte es doch wohl angebracht sein, wieder die Forderung zu erheben, die schon wiederholt von den Arbeitern gestellt worden ist: Anstellung von Revisionsbeamten aus den Kreisen der Versicherten! § 875 der Reichsversicherungsordnung lautet in seinem letzten Absatz: »Als solche Beamte können auch Personen angestellt werden, die früher den versicherten Be-

trieben als Arbeiter angehört haben. Die Reichsversicherungsordnung sagt etwa nichts davon, daß die Angestellten eine technische Vorbildung haben müssen, wie z. B. ein Vorstandsmitglied der Genossenschaft bei der Beratung des Tätigkeitsberichts der technischen Angestellten erklärte, sondern die praktische Vorbildung wäre wohl hier Bedingung. Diese Forderung wurde auch im Parlament und auf einer Konferenz der Maschinenarbeiter des Holzarbeiterverbandes in München erhoben. Im Interesse der Berufsgenossenschaft liegt es, daß die Unfälle verringert werden. Dazu sind häufigere Revisionen der Betriebe und somit mehr Angestellte erforderlich. Bei der Verhandlung machte sich ein kleiner Umstand bemerkbar, der im Interesse der Versicherten bei dergleichen Konferenzen nicht vorkommen sollte. Ein Teil der Vertreter war nicht ausreichend vorbereitet zur Sitzung erschienen. Sie waren dadurch verhindert, in die Verhandlung genügend einzugreifen. Um eine derartige Beratung wirksam zu gestalten, muß eine Verständigung unter den Vertretern der Versicherten stattgefunden haben, damit nicht entgegen gesetzte Meinungen unter den Vertretern selbst zu Tage treten. Andere gemeinsame Tagungen von Arbeitern und Unternehmern stehen bevor.

So hält der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, e. V., Sitz Dresden, welcher den allgemeinen Zwecken der Krankenhilfe der Reichsversicherung dient und die gemeinsamen Aufgaben und Interessen der Ortskrankenkassen fördert, vom 18. bis 20. August d. J. von vormittags 9 Uhr ab im großen Saale des »Schießwerders« zu Breslau seine 20. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Dem Verband gehören zurzeit 479 Kassen und 25 Kassenverbände mit 4 1/2 Millionen Versicherten an. Über die Tagung werden wir berichten.

Der Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, der, wiederum stark besetzt, vom 18. bis 20. September d. J. in Leipzig abgehalten wird, hat eine Reihe von Fragen auf der Tagesordnung, die auch für die Arbeiter von großem Interesse sind. So zum Beispiel die Gesetzgebung, die Literatur und die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; Grundgedanken und Möglichkeiten eines einheitlichen Arbeitsrechtes für Deutschland; Zurückbehaltung und Beschlagnahme des Arbeitslohnes; die zivilprozessuale Bedeutung der Schiedsgerichte, der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; die Bedeutung und Feststellung der Ortsgerichte von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Die Behandlung dieser Thematika liegt in den Händen bewährter und hervorragender Vertreter der Wissenschaft und Praxis. Sehen wir hier eine gemeinsame soziale Betätigung, so müssen die Arbeiter sich doch stets bewußt sein, daß ein Vorwärtsdrängen nur durch sie selbst herbeigeführt werden kann. Auch in die Reihen der Angestellten drängt diese Erkenntnis immer mehr ein.

Eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Österreich über die Angestelltenversicherung fordert die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten in einer Petition an den Reichskanzler, die auch dem Reichstage mit der Bitte um Befürwortung zugesandt wurde. Der Reichskanzler wird darin ersucht, entsprechend dem § 362 des Versicherungsgesetzes für Angestellte mit Österreich, das bekanntlich ein ähnliches Gesetz hat, einen Gegenseitigkeitsvertrag zu schließen auf folgender Grundlage: 1. Anrechnung der Beiträge, die zu der Versicherung des andern Staates gezahlt sind, bei Berechnung der Leistungen der Versicherung des Staates, für die der Versicherte die höheren Ansprüche erworben hat. Dies soll für den Fall gelten, daß die Wartezeit bei Eintritt des Versicherungsfalles noch nicht erfüllt ist. 2. Falls die Wartezeit erfüllt ist: Gewährung der Leistungen aus beiden Gesetzen. Da der § 362 des Versicherungsgesetzes für Angestellte solche Vereinbarungen vorsieht, wird diese Anregung bei den Reichsbehörden hoffentlich günstig aufgenommen werden.

Ein kürzlich veröffentlichter Erlaß des Reichskanzlers deutet in bemerkenswerter Weise darauf hin, daß im Fall eines Konflikts zwischen Krankenkassen und Ärzten keine Lücke für die Versicherten weder in den ordnungsgemäßen noch in den außerordentlichen Leistungen der Krankenkassen eintreten dürfe. Dafür reichen die vorhandenen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung vollständig aus, insbesondere der Artikel 1 des Einführungsgesetzes. Diese besagen, daß in dem Augenblicke, mit dem die Reichsversicherungsordnung voll in Kraft tritt, bereits ausnahmslos alle diejenigen Einrichtungen geschaffen und alle diejenigen Maßnahmen getroffen worden seien, ohne welche das Gesetz nicht funktionieren kann. Hierhin gehöre es, daß schon vor dem 1. Januar 1914 Organe vorhanden sein müßten, die für die Kasse die nötigen Verträge mit Ärzten abschließen; ferner, daß diese Organe da, wo sie Verträge mit Ärzten zu angemessenen Bedingungen nicht rechtzeitig abschließen können und wo infolgedessen die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder für den 1. Januar 1914 gefährdet ist, rechtzeitig vor dem bezeichneten Tage die erforderlichen Schritte tun, um wenigstens die im § 370 der Reichsversicherungsordnung zugelassene Ersatzleistung gewähren

zu können, und daß die dabei beteiligten Behörden ebenfalls rechtzeitig ihre erforderlichen Entscheidungen treffen. Beide Wege stellen gesetzlich zulässige Maßnahmen zur Durchführung von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung im Sinne des Artikels ihres Einführungsgesetzes dar. Im Hinblick auf die ab 1. Januar 1914 eintretende Abänderung der Gesetze dürften also ernste Differenzen der Ärzte mit den Kassen bevorstehen und wird die Regierung frühzeitig eingreifen müssen.

Auch in den Kreisen des Handwerks macht sich durch den Konkurrenzkampf das Verlangen nach schärferen gesetzlichen Bestimmungen breit. Am 30. Juni und 1. Juli d. J. fand im Reichsamte des Innern eine offizielle Handwerkerkonferenz statt, an der Vertreter der Reichsregierung und der größeren Bundesstaaten, sowie solche der großen gesetzlichen Handwerksorganisationen teilnahmen, um über die Ausgestaltung der Handwerksvorschriften in der Gewerbeordnung zu beraten. Die gegenseitige Aussprache führte über eine große Anzahl von Wünschen, die der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag in einer umfassenden Denkschrift zusammengestellt und begründet hat, zu einer beiderseitigen Verständigung. Bei vielen anderen bisher strittigen Punkten konnte eine wesentliche Annäherung der Auffassungen festgestellt werden. Dies gilt u. a. von der Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk und im Zusammenhang damit von den Maßnahmen gegen Doppelbesteuerung der Betriebe durch Handwerks- oder Handelskammern sowie von der bekannten Streitfrage des § 100q der Gewerbeordnung wegen des Rechts der Zwangsinnungen, ihren Mitgliedern Mindestpreise vorzuschreiben. Von andern wichtigen Punkten, die zur Erörterung gelangten, seien hier die folgenden benannt: die Heranziehung der juristischen Personen, Gesellschaften m. b. H. und dergleichen zu den Handwerksorganisationen; das Wahlrecht der gewerbetreibenden Frauen zu diesen Organisationen; das Wahlrecht zur Handwerkskammer; die Beteiligung der Handwerkskammern und Innungen bei Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Handwerks; ferner zahlreiche Fragen des Innungs-, Lehrlings- und Gesellenwesens sowie der Meisterprüfungen. Soweit die behandelten Fragen die Interessen auch anderer Erwerbsgruppen, insonderheit des Handels und der Industrie, betreffen, sollen deren Vertretungen regierungsseitig in gleicher Weise gehört werden. In den lediglich das Handwerk betreffenden Punkten soll noch weiteren Kreisen der Interessenten in geeigneter Weise Gelegenheit zur Äußerung ihrer Ansichten und Wünsche geboten werden; ob darunter auch Arbeitervertreter sein werden, konnten wir bis jetzt noch nicht feststellen. Nach dem bisherigen Brauche der gesetzlichen Handwerkerorganisationen, wie Handwerkskammern, Innungen, Gewerbevereine usw., die im allgemeinen die Arbeiter nur als Arbeitsinstrumente einzuschätzen pflegen, dürfte das kaum zu erwarten sein. Aber auch der Reichstag dürfte in seiner Mehrheit nicht für alle diese Wünsche zu haben sein.

Der Kampf um den Mehrwert. I.

Der Heißhunger des Kapitals nach Mehrwert, nach Überschuß und Gewinn, ist seiner Natur nach unersättlich. Darum will es immer mehr unbezahlte Arbeit einschleudern, darum will es immer mehr Arbeitskraft, die nichts kostet, aus dem Körper des Proletariats herauspressen. Die Kapitalisten sind ja nicht damit zufrieden, ihr gutes Auskommen zu haben, sondern sie wollen darüber hinaus neue Kapitalien ansammeln, neue Reichtümer aufhäufen. Die Ausbeuter früherer Zeiten, im Altertum so gut wie im Mittelalter, waren bestrebt, sich auf Kosten der großen Masse ein arbeitsloses, behagliches Dasein zu verschaffen und ihr Leben so glänzend wie möglich zu gestalten, aber keinen von ihnen fiel es ein, Riesenreichtümer zusammenzuscharren. Es wäre dies auch ganz unmöglich gewesen, denn in dem Zeitalter der Naturalwirtschaft spielte das Geld nur eine nebensächliche Rolle. Die Ausgaben wurden in Naturalien gezahlt, und diese lassen sich bekanntlich nicht für die spätere Zukunft aufspeichern. So kommt es denn, daß wir im eigentlichen Mittelalter keine Millionäre kennen wie heute; erst im untergehenden Rom und am Ausgang des Mittelalters machen sich kapitalistische Aufhäufungsbestrebungen bemerkbar.

Auch heute noch ist der wirtschaftlich abhängige Mensch, der Arbeiter und der Angestellte, froh und glücklich, wenn er mit seinem Einkommen auskommt, wenn er am Ende des Jahres ohne Schulden dasteht. Ganz anders der Kapitalist, der über seinen Lebensunterhalt hinaus sein Kapital vermehren will. Und wenn auch der einzelne Kapitalist müde wird und für seine einzelne Person genug erworben hat, so setzt doch sein Nachfolger oder Erbe die Kapitalanhäufung unverdrossen fort. So sehen wir denn, wie sich der kapitalistische Akkumulationsprozeß in geradezu unheimlicher Weise immer und immer wieder erneuert, und einem denkenden Beobachter, der in die Zukunft blickt, ergreift ein Grauen, wenn er sich ausmalt, wohin die Entwicklung, falls sie ungehindert weitergeht, noch führen wird. Schon heute vereinigen sich Riesenkapitalien in den Händen weniger Kapitalfürsten oder Kapitalistengruppen, und

ein Ende läßt sich noch gar nicht absehen. Da dürfte es von Interesse sein, einmal die Methoden zu betrachten, die es den Kapitalisten ermöglichen, Mehrwert zu gewinnen und diese Mehrwertgewinnung zu steigern.

Offenbar entsteht der Mehrwert aus der Ausbeutung fremder Arbeitskraft. Der Kapitalist, der einen Betrieb ins Leben ruft, kauft sich zunächst die nötigen Produktionsmittel: Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Rohmaterialien oder Halbfabrikate, Hilfsstoffe usw. Wie der Augenschein lehrt, kann er aus eigener Kraft mit diesen Produktionsmitteln nichts schaffen; es muß lebendige Arbeitskraft hinzukommen, die sich mit der in den Produktionsmitteln steckenden toten Arbeitskraft vermischt und so neue Werte schafft. Eine Maschine, und sei sie noch so kunstvoll, kann keine neue Ware hervorbringen, nur der Proletarier, der mit Hilfe der Maschine den Rohstoff verarbeitet, schafft neue Gebrauchsgegenstände, und zwar Gegenstände, die mehr Wert haben, als die Summe der Produktionskosten beträgt. Darum kauft der Kapitalist die erforderlichen Arbeitskräfte, und den durch sie erzeugten Mehrwert steckt er als Gewinn in die Tasche.

Die Arbeitskräfte kosten natürlich Geld, denn der Arbeiter muß, um seine Arbeitskraft verausgaben, d. h. um arbeiten zu können, seine verschiedenen Bedürfnisse, wie Nahrung, Wohnung, Kleidung usw. befriedigen können. Der Arbeiter muß also so viel Lohn bekommen, daß er damit seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Ist der landsübliche Lebensunterhalt einer Arbeitergruppe hoch, so muß auch der Lohn ein höherer sein, als wenn der Lebensunterhalt niedrig ist. Die Lebenshaltung der Arbeiter spielt darum, wie ja allgemein bekannt ist, bei der Frage des Lohnes eine sehr wichtige Rolle. Da der Kapitalist einen hohen Mehrwert erzielen will, so will er die Arbeitskraft billig kaufen, also einen möglichst niedrigen Lohn zahlen. Seiner Auffassung nach braucht der Arbeitslohn nicht höher zu sein, als daß der Arbeiter nur die äußerste Möglichkeit gewährt, leben und arbeiten zu können. Alles was darüber ist, ist vom Übel: geistige und kulturelle Bedürfnisse sind überflüssig, daß sich der Arbeiter sozial und geistig betätigt, hat keinen Zweck, daß er sich künstlerische oder wissenschaftliche Genüsse verschafft, ist Luxus; für den Kapitalisten genügt es, wenn der Arbeiter arbeitsfähig bleibt, denn er ist in seinen Augen weiter nichts, als ein Ausbeutungsobjekt und eine Mehrwerterzeugungsmaschine. Darum schwärmt der Kapitalist für billige ausländische Arbeitskräfte, und darum sucht er die Lebenshaltung der einheimischen Arbeiter möglichst tief herabzudrücken.

Hier setzt der erbitterte Kampf um den Mehrwert zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten ein. Der Kapitalist zieht Arbeiter mit niedriger Lebenshaltung ins Land hinein und macht dadurch den einheimischen Arbeitern eine empfindliche Schmutzkonkurrenz. Das Bestreben des Kapitals, bessere Waren durch minderwertige Surrogate zu ersetzen (Butter durch Margarine, Gold durch Talm, Leder durch Pappe usw.) zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkte. Im Interesse einer möglichst billigen Warenerzeugung und einer möglichst hohen Mehrwerterzeugung benutzt der Kapitalist minderwertige Arbeitskräfte, anstatt besser geschulter und besser bezahlter Arbeiter. Allen nationalen Phrasen zum Trotz sucht er durch Heranziehung von Ausländern die Lebenshaltung seiner eigenen Volksgenossen zu verschlechtern. Gegen dieses kultur- und volksfeindliche Bestreben wehrt sich das Proletariat mit Händen und Füßen. Es will allerdings aus Gründen internationaler Solidarität den ausländischen Genossen die Einwanderung nicht radikal verboten wissen, aber es verlangt mit aller Entschiedenheit, daß die fremden Proletarier sich den einheimischen Lebensbedingungen anpassen: sie sollen sich mit ihren neuen Arbeitsbrüdern zu gemeinsamer Organisationsarbeit zusammenschließen und Schulter an Schulter mit ihnen um eine Erhöhung der Lebenshaltung kämpfen; wenn sie dies ablehnen und lieber auf einem niederen Kulturniveau verharrten, so müssen sie sich gefallen lassen, von ihren einheimischen Kollegen als Lohndrücker und Schmutzkonkurrenten behandelt zu werden. Das Verhältnis zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern bietet große Schwierigkeiten, wie aus den Verhandlungen der internationalen Kongresse hervorgeht, aber man wird es den Arbeitern mit höherer Lebenshaltung nicht verargen können, daß sie sich dagegen sträuben, durch Zuzug von Schmutzkonkurrenten ihre Lebensverhältnisse verschlechtern zu lassen. Abgesehen von sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Gründen zwingen schon Gründe rein wirtschaftlicher Natur den modernen klassenbewußten Arbeiter dazu, Front zu machen gegen die Ausbeutungspraktiken des vaterlandlosen Kapitalismus, der des schnöden Gewinnes wegen einen Völkermischmasch zusammenbraut, den in dieser Weise nur das verfallende Altertum gekannt hat.

Viel schädlicher aber als die Zufuhr ausländischer Lohndrücker ist das überall zutage tretende Bemühen der Kapitalisten, durch wahre Schundlöhne die Lebenshaltung des Proletariats auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten. Besonders in den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise, als von einer proletarischen Organisation noch keine Rede sein konnte, hatten die materiellen

Lebensbedingungen der Arbeiterklasse einen Tiefstand erreicht, der unser Grauen erregt. In bezug auf Nahrung, Wohnung und Kleidung wurden die geringsten Anforderungen gestellt, und man übertrieb wohl kaum, wenn man behauptet, daß die Arbeiter in der Frühzeit des Kapitalismus arbeiten mußten wie die Pferde, und daß sie lebten wie die Hunde. Und als sie angingen, gegen die elende Lage sich zu empören, fügte man zur Schmach noch den Hohn, indem man den verletzten Proletariern Geduld, Ergebung, Genügsamkeit und Zufriedenheit predigte; man wies sie hin auf das leuchtende Vorbild der Unternehmer, die durch Fleiß, Entsamung und Entbehrung ihr Vermögen vermehrten, und die Lobredner des Kapitals sprachen von dem »Entbehrungslohn« der Unternehmer, der die Quelle der Mehrwertgewinnung sei. Nach altem Brauch wurde nun auch die Religion in den Dienst des Ausbeutertums gestellt und die liebe Geisteslichkeit erschied auf dem Plane, um das Volk, den großen »Lümmel«, mit dem »Etapopeia vom Himmel« einzulullen. Hier zeigte sich insbesondere der in das verunstaltete Christentum eingeschmuggelte Jenseitsglaube von seiner schädlichsten Seite. Durch den Wechsel auf das Jenseits soll der Arbeiter um das Diesseits betrogen werden. »Du christlicher Arbeiter«, so konnte man in einem christlichen Erbauungsbuche lesen, »sollest nicht neidlich nach den Tischen reicher Leute schauen, sondern du sollst mit deiner einfachen Speise zufrieden sein, denn im Jenseits bekommst du alles in Hülle und Fülle. Du sollst dich auch nicht beklagen über die lange und schwere Arbeit, sondern du sollst bedenken, daß das Diesseits zur Arbeit aber das Jenseits zur Ruhe da ist. Mela lieber Arbeiter, dein eigentlicher Arbeitgeber ist nicht der Fabrikherr, sondern der liebe Gott, dem zuliebe du jede Arbeit willig verrichten mußt. Gott ist der eigentliche Zahler, der Fabrikherr ist nur der Unterbeamte Gottes. Der irdische Lohn ist nur eine Abschlagszahlung, die Hauptsumme steht bei Gott im Kredit und den eigentlichen, ewigen, herrlichen Lohn hebt Gott fürs ewige Leben auf. Wenn du dies bedenkest, so wird dir jede Arbeit süß und jede Bürde leicht, und du fühlst, da du für Gott arbeitest, daß du reich bist, als die reichsten Börsenbarone und daß du nur scheinbar schlechter gestellt bist als die reichen Leute.«

Man braucht diese Sätze nur zu lesen, um die Kulturfeindlichkeit derartiger Anschauungen deutlich zu erkennen. Da darf man sich denn nicht wundern, daß die offiziellen Vertreter eines solchen kapitalistisch verseuchten Christentums schließlich bei den Arbeitern auch den letzten Rest von Achtung einbüßen. Ein modern empfindender Arbeiter weiß nämlich, daß es vor allen Dingen darauf ankommt, die Lebenshaltung des Proletariats zu heben, und darum wendet er sich mit stiller Entrüstung gegen die »verfluchte Bedürfnislosigkeit«, die sich alles nehmen und bieten läßt. Darum redet er auf seine Klassengenossen ein damit sie ihr Elend fühlen und damit sie mit ihrer Lage unzufrieden werden. Die Unzufriedenheit mit den jeweiligen Verhältnissen ist ja der Stachel, der die Menschheit weiter treibt auf der Bahn der Entwicklung. Aus diesem Grunde bekämpfen die Gewerkschaften die »arbeiterfreundlichen« Kodrezepte der Leute vom Schläge des Professors Hitze, die den Arbeiterfrauen Anweisung geben, wie man ein billiges Mittagessen aus Ochsenleber, Kuheuter, Kalbsgekröse, Stockfisch, Schmirlekräse und ähnlichen Delikatessen herstellen kann.

Das Kapital will den Anteil der lebendigen Arbeit an dem Ertrage der Produktion möglichst niedrig bemessen, dagegen will es für sich selbst den Löwenanteil mit Beschlag belegen. Ob die Arbeiterklasse dabei körperlich und geistig verelendet, ob die große Masse dadurch an ihrem Menschum Schaden leidet; was kümmert dies das Kapital? Wenn nur der Mehrwert recht hoch ist und der Geldsack ordentlich gefüllt wird! Kann man es da den organisierten Arbeitern verargen, daß sie die entgegengesetzte Absicht verfolgen? Die Arbeiter wollen ihre Arbeitskraft möglichst hoch bewerten und möglichst teuer verkaufen. Sie erstreben hohe Löhne, die ihnen eine gute Lebenslage ermöglichen, und sie erheben Anspruch auf die Naturschätze und Kulturgüter, auf alles das, was das Leben gut, schön und lebenswert macht.

Ein menschenwürdiges Dasein erscheint dem Arbeiter als sein gutes Recht und sollte dabei auch der Mehrwert zum Teufel gehen; eine immer höhere Kapitalsanhäufung schwebt dem Unternehmer als Ziel vor und sollte dabei auch die Arbeiterklasse ins tiefste Elend herabgedrückt werden — in diesem Gegensatz kommt der Zwiespalt zwischen Arbeit und Kapital deutlich zum Ausdruck.

Berufliche u. soziale Gliederung in Deutschland.

Das Kaiserliche Statistische Amt gab soeben den letzten Band der Bearbeitungen des Materials, welches die Berufszählung von 1907 brachte, heraus. Er führt den Titel: »Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes«. Auch er bietet eine großzügige Bestätigung der Tatsache, daß Deutschland sich endgültig zu einem Industrie- und Handelsstaat umgewandelt hat, daß seine Landwirtschaft ständig an Bedeutung für die Gesamt-

wirtschaft verliert und daß diese Entwicklung durch nichts mehr aufzuhalten ist. Das allein kennzeichnet auch schon den Widersinn der verrückten deutschen Zoll- und Wirtschaftspolitik, welche gänzlich auf die Interessen der Junker von Ar und Halm zugeschnitten ist.

Wie gewaltig die Verschiebung zwischen industriell und landwirtschaftlich Tätigen war, zeigt folgende Tabelle. Es entfielen von je

	100 männlichen Erwerbstätigen auf das Land	auf die Stadt
1907	40,7	59,3
1895	48,7	51,3
1882	57,3	42,7
	100 weiblichen Erwerbstätigen auf das Land	auf die Stadt
1907	57,6	42,4
1895	58,0	42,0
1882	65,4	34,6

Während im Jahre 1882 erst etwas über zwei Fünftel aller männlichen Erwerbstätigen in den Städten arbeiteten, dagegen nicht ganz drei Fünftel auf dem Lande, besteht jetzt das genau umgekehrte Verhältnis. Noch riesiger schnellte die Zahl der männlichen Erwerbstätigen in den Großstädten herauf, von $\frac{1}{13}$ der von der Statistik erfaßten im Jahre 1882 bis auf $\frac{1}{2}$ im Jahre 1895 und auf $\frac{1}{2}$ bei der letzten Zählung! — Die weibliche Erwerbstätigkeit hat ihr Schwergewicht vorläufig noch auf dem Lande, rückt aber auch mehr und mehr in die Stadt. Etwas über zwei Fünftel aller Arbeiterinnen waren 1907 in Städten tätig, gegen gut ein Drittel im Jahre 1882. Sehr viel rascher nimmt dagegen ihre Zahl in den Großstädten zu und zwar stieg sie von 1882 bis 1907 um rund 110 Proz.!

Den Rückgang der Bedeutung der Landwirtschaft zeigt noch viel eindringlicher die nachstehende Aufmachung, welche in Prozenten die Verteilung der Bevölkerung auf die Haupterwerbsgebiete angibt. Folgendes Bild entsteht:

	1882	1895	1907
Land- und Forstwirtschaft	41,6	35,0	28,4
Industrie und Bergbau	34,8	38,5	42,2
Handel und Verkehr	9,4	11,0	12,8

Die Lebensmittelwucherpolitik der ostelbischen Landjunker wird natürlich von solcher Entwicklung nicht im mindesten beeinflusst. Das schmadvolle Dreiklassenwahlrecht macht sie zu Herren Preußens-Deutschlands, und sie können widersinniger Weise nach wie vor eine auf rein agrarische Bedürfnisse zugeschnittene Handelspolitik betreiben.

Die Frauenarbeit hat eine ganz ungeheure Ausdehnung erfahren. Die Zunahme der hauptberuflich erwerbstätigen Frauen überragt bei weitem, um etwa das Dreifache, die der Männer: Es wurden hauptberuflich Erwerbstätige ermittelt:

	auf dem Lande	in der Stadt		
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1907	7555609	4750561	11028155	3492937
1895	7544836	3052442	7961646	2211951
1882	7659196	2783636	5713709	1475437

Von 1882 bis 1907 stieg also die Zahl der Arbeiterinnen im Deutschen Reich um rund 94 Proz., von 1895 bis 1907 allein um 57 Proz.! Die männliche Arbeiterschaft wuchs in den angegebenen Zeiträumen dagegen nur um 39 Proz. resp. 20 Proz.

In diesen Zahlen dokumentiert sich unleugbar eine Verschiebung der sozialen Lage des Proletariats nach der ungünstigen Seite; durch die bittere Lebensnot gezwungen mußten in steigendem Umfange die Arbeiterfrauen und Mädchen zum Unterhalt ihrer Familie durch harte Lohnarbeit beitragen. Letzten Endes tragen daran die preußischen Junker die Schuld, in Folge deren landwirtschaftlicher Hochschutzzöllnerlei und Liebesgabepolitik die Preise aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände wahnwitzige Höhen erreichten. Aber auch das Wachstum der Kinderarbeit kommt deshalb zum größten Teile auf ihr Schuldkonto. Trotz aller Kinderschutzgesetze usw. griff diese nämlich seit den früheren Zählungen mächtig um sich. Es wurden erwerbstätige Kinder im Alter von unter 14 Jahren ermittelt:

	1895	1907
Knaben	129437	183428
Mädchen	52016	113338
Insgesamt	181459	296786

In den industriellen Unternehmen wurden 1907 zusammen 60094 Kinder unter 14 Jahren beschäftigt, das sind rund 60 Prozent oder 22775 mehr als im Jahre 1895. Dabei läßt sich der wirkliche Umfang der Kinderarbeit gar nicht einmal ermitteln, weil sie vielfach vor den Behörden verheimlicht wird, wie es im amtlichen Berichte heißt. Wie die Faust aufs Auge aber paßt dessen Bemerkung zur Frauen- und Kinderarbeit: »Der natürliche Ablauf des menschlichen Lebens bedingt es, daß ein großer Teil der Bevölkerung dem Berufsleben fernsteht muß. Die Kräfte des Kindes wie des Greises und auch die in Haus- und Kinderpflege sich betätigenden Ehefrauen müssen möglichst der Strenge beruflicher Arbeit überhoben sein!« Das ist alles sehr schön und gut gesagt — nur leider kehrt sich der Kapitalismus nicht an die »Logik der Sentimentalität!«

Hochinteressant sind die Nachweisungen über das Alter der Erwerbstätigen. Sie bestätigen in vollstem Maße, was schon aus den Altersstatistiken der preußischen Gewerbeinspektoren hervorgeht, nämlich, daß die schwere, aufreibende Arbeit im Dienste des modernen Kapitalismus vorzeitig die Lebens- und Arbeitskraft zermüht und zerrützt.

Im Durchschnitt des Deutschen Reiches entfielen von je 100 Lohnarbeitern auf die

	1895	1907		
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
unter 14—16 Jahren	5,7	8,0	5,9	8,1
16—20	12,0	19,0	11,5	16,2
20—30	26,1	27,9	26,6	26,3
30—40	20,9	13,6	22,2	16,7
40—50	15,8	12,1	16,4	14,1
50 u. mehr	19,5	19,4	17,4	18,6

Wie man sieht, nimmt die Zahl der männlichen Arbeiter im Alter von 40 Jahren und darüber mehr und mehr ab. Noch im Jahre 1895 waren 35,3 Proz. der Arbeiterschaft in diesem Alter, 1907 jedoch nur noch 33,8 Proz.

In den Großstädten hat sich der Anteil der über 40 Jahre alten Arbeiter an der Gesamtarbeiterschaft nicht geändert. Er ist gleich klein geblieben und betrug 1895 wie 1907 genau 29,4 Proz. Daß dieses Verhältnis gleich blieb, daß es sich nicht noch mehr verschlechterte, darf man wohl nicht zu Unrecht der Arbeit unserer freien Gewerkschaften zuschreiben, die allmähliche Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen konnten, wodurch wenigstens der übermäßigen Ausdehnung des täglichen Raubbaues an Gesundheit und Arbeitskraft in kapitalistischer Fron ein Ende gesetzt ward.

Die Zahl der berufslosen Selbständigen ist ganz gewaltig angestiegen. Aus eigenem Vermögen, Renten, Pensionen etc. zogen ihren Unterhalt 1907 2278022 Personen gegen nur 1288484 im Jahre 1895. Das macht eine Steigerung von rund 80 Proz. aus. Von Unterstützungen, als Studierende und Schüler, die nicht bei ihren Eltern wohnten, als Insassen von Invaliden-, Armen- und Siedenhäusern etc. lebten 1907 insgesamt 1126961 Personen gegen 854324 im Jahre 1895, was einem Zuwachs von 32 Proz. entspricht! Zum Anschwellen der Zahl der Rentner etc. bemerkt der Bericht: »Im ganzen läßt sich das Wachstum dieser Gruppe ebenso sehr als ein Zeichen von der Entfaltung des nationalen Wohlstandes als ein Beweis von der Bedeutung des Werkes bezeichnen, das Deutschland in der Arbeiterversicherung geschaffen hat!« Diese Behauptung ist aber um so weniger stichhaltig, als die Zahl der Rentner im Alter von über 70 Jahren, die eventl. im Genusse der Altersrente stehen könnten, relativ ganz gehörig abgenommen hat. Denn von allen Rentnern usw. entfielen auf die Altersklassen von über 70 Jahren 1895 35,1 Proz., dagegen 1907 nur noch 29,2 Proz. Hieraus geht nur hervor, daß sich die Lebensdauer in Deutschland verkürzt. Was kann auch die beste Arbeiterversicherung nutzen, wenn ihr nicht gleichzeitig ein wirksamer staatlicher Arbeiterschutz zur Seite steht?

Für die Ermittlung der sozialen Stellung der Erwerbstätigen gruppiert die Berufsstatistik sie in drei Gruppen, in a) Selbständige, d. s. Eigentümer von Unternehmungen, leitende Betriebsbeamte, wie Direktoren etc., Handwerksmeister und Hausgewerbetreibende, b) Angestellte, worunter die nicht leitenden technischen und kaufmännischen Beamten, die Prokuristen, das Aufsichts- und Bureaupersonal, die Geschäftsreisenden etc. verstanden werden und endlich in c) Arbeiter, d. s. alle übrigen Hilfskräfte, Gesellen, Lehrlinge, Wächter, Pförtner etc. Auch die in Ladengeschäften tätigen Handlungsgehilfen und Gehilfinnen werden als Arbeiter gezählt. — In den drei größten Berufsabteilungen gestaltete sich die Gliederung wie folgt. Es wurden im Jahre 1907 gezählt:

	Hauptberuflich Erwerbstätige	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
Land- u. Forstwirtschaft	2500974	98812	7283471	
Industrie und Bergbau	1977122	686007	8593125	
Handel und Verkehr	1012182	505909	1959525	
Zusammen	5049288	1290728	17836121	

Prozentualer Zuwachs seit 1895.

0,3% 107,6% 39,2%
Dem riesenhaften Anschwellen der Zahl der Angestellten — das in der Industrie gegenüber 1895 rund 160 Proz. beträgt und die Zunahme der Industriearbeiterschaft um nicht ganz das Vierfache übertrifft — hat man eine besondere Bedeutung zugesprochen: es soll als Beweis für die Behauptung dienen, daß sich in Deutschland zwischen Kapitalist und Proletariat eine neue soziale Klasse, ein hauptsächlich aus Privatbeamten bestehender Mittelstand eingeschoben habe. Ein solche Errechnung würde dem Wesen des Kapitalismus aber vollkommen fremd sein — und in der Tat gibt es denn auch keinen solchen Mittelstand, man müßte denn die gewöhnliche äußere Erscheinung des Privatbeamten, die Tatsache, daß er Monatsgehalt statt wöchentlichen oder vierzehntägigen Lohn beziehe, zum Anlaß nehmen, ihn als einer besonderen Klasse angehörend zu betrachten. Denn rein wirtschaftlich betrachtet, steht sich die ungeheure Mehrzahl der Angestellten nicht um einen Pfennig besser, eher sogar noch schlechter, als große Teile der »gewöhnlichen« Lohnarbeiterschaft. Bekanntlich hat aber in der kapitalistischen Produktionsordnung überhaupt nichts Daseinsberechtigung, was nicht wirtschaftlich vollkommen gerechtfertigt wäre, also auch kein Mittelstand, der sich nicht wirtschaftlich durchaus vom Lohnproletariat unterscheidet. Nur ein Häben und ein Drüben läßt der Kapitalismus zu, nur ein Feldgedreht findet Gnade vor ihm, und das lautet: »He Kapitalist — he Proletar!« Und daran wird kein Mittelstandspolitiker etwas ändern können! bd.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die technischen Umwälzungen im graphischen Gewerbe.

In dem einleitenden Referat zur Generalversammlung wies der Berichterstatter darauf hin, daß es sich um Dinge handelt, die tief in die wirtschaftliche Stellung des Arbeiters eingreifen und die Wirkung politischer und sozialer Gesetze erkennen lassen. Die Behandlung der Materie sei auch noch weiter ersdwert, weil die scheinbar so gleichen Produkte unserer Gewerbe auf ganz gegensätzlichen Wegen zustande kommen. Im weiteren wurde ausgeführt:

Um den Umsturz der scheinbar so festen Verhältnisse erklärlicher zu machen, muß die Entwicklung der Gütererzeugung näher betrachtet werden. Wir finden dabei, daß ehemals das Werkzeug von der Hand des Arbeitenden ein geführtes Mittel zur Bearbeitung des Rohstoffes war, was Vielseitigkeit und Geschicklichkeit des Arbeiters voraussetzte. Durch späteres Zusammenarbeiten stellte sich eine gewisse Arbeitsteilung ein, die in die Anfänge der jetzigen Warenherstellungsart hinüberleitete. Die Arbeit wurde dadurch gesellschaftlich und planmäßig geleistet. Aber auch der Wert der Waren wurde vom Gebrauchswert in Tauschwert umgewandelt, was schließlich zur Erzeugung von Mehrwert führte. Die Steigerung dieses Wertes liegt in der Natur der kapitalistischen Gütererzeugung. Eines der besten Mittel zur Steigerung des Mehrwertes ist die Umbildung des Werkzeuges im Sinne selbsttätiger Bearbeitung des Rohstoffes. Das führte zur Einführung der Maschine, wodurch vielfach der Arbeitende zum Diener des Werkzeuges herabsank. Diese Vorgänge und Veränderungen werden unter dem Begriff der fortschreitenden Technik zusammengefaßt, die als Wurzel der Übel anzusehen ist, unter denen die Arbeiter heute so sehr leiden.

Es darf jedoch nicht gefolgert werden, daß es die Technik als solche ist, die die Übel verursacht. Diese entstehen erst unter der gegenwärtigen Art der Gütererzeugung, die die Erleichterungen im Arbeitsvorgang der Gesamtheit nicht zugute kommen läßt. Die vermehrte Warenherstellung führt zu einer Entwertung der Arbeitskraft. Das aber ist das Ziel unserer Produktionsart. Die Verfechter dieser Art sehen in diesen Vorgängen indessen lediglich gesteigerte Konkurrenzmöglichkeiten.

Wenn aber bei einer Senkung des Arbeitswertes der Waren die Verhältnisse gleichbleiben, unter denen sich die Arbeit vollzieht, so muß eine Verschlechterung der wirtschaftlichen und damit der gesellschaftlichen Stellung des Arbeiters eintreten. Die technischen Fortschritte würden deshalb zu unerträglichen Verhältnissen führen, wenn die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht fortdauernd Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrebten. Diese ausgleichsuchenden Bestrebungen werden auf Unternehmerseite nicht angenehm empfunden und finden erbitterten Widerstand. Die Arbeiter werden dabei als Feinde der Technik hingestellt. Bei näherer Betrachtung stellt sich aber sofort heraus, daß solche Auslassungen wie alle innerlich unwarhen Dinge keine tieferen Gründe haben und lediglich Kampfmittel sind. Die Anschuldigung wächst aus der grundverschiedenen Auffassung über Wesen und Wirkung der Technik in ihrem Widerstand haben die Unternehmer Bundesgenossen in den wirtschaftsbildlichen, gelben Gebilden erhalten. Das wäre ein unerklärlicher Vorgang in einer Zeit, wo alles nach Aufklärung und Zusammenschluß strebt, wenn nicht auch hier eine unerfreuliche Wirkung der Technik vorläge.

Unsdwer läßt sich beobachten, daß mit Hilfe des verfeinerten Werkzeuges der sogenannte ungelernete Arbeiter oft ein besseres Einkommen hat, als der zünftig gelernte Arbeiter. Solche Arbeiter unterliegen dann nur zu leicht den Lockungen zum Verrat an ihren Klassen-

genossen. Die hohe Entwicklung des Werkzeuges hat in verschiedenen Gewerben dem Arbeitenden den seelischen Anteil am Werdegang der Arbeit genommen, diese öde und leer gemacht und die geistige Spannkraft des Arbeiters beeinträchtigt, dessen edle Eigenschaften im Fabrikdrill zu Grunde gehen. Solchen Arbeitern wird dann Solitarität ein hohler Begriff. Die technische Entwicklung hat die Tendenz, geistige Verödung der Arbeitenden herbeizuführen.

Zu diesen wirtschaftlichen kommen noch politische Einwirkungen, die durch die agrarische Regierung des Industriestaates entstehen, da die enormen und vielfach unproduktiven Ausgaben des Staates zum größten Teile durch Zölle und Verbrauchssteuern aufgebracht werden, die industriehemmend wirken. Die Unternehmer wollen aber diese Schädigungen nicht tragen und suchen ihnen zu entgehen. Das kann entweder durch Abwälzungen der Belastungen auf den Konsumenten geschehen, wobei sich gute Gelegenheiten zum Warenwucher bieten oder kann durch vermehrte Produktion erfolgen. Dazu aber werden technische Verbesserungen, Vereinfachung in der Herstellungsweise und schließlich auch Benutzung schlechterer Rohmaterialien verwendet.

Technische Verbesserungen sollen demnach zur Steigerung des Mehrwertes und zum Ausgleich gegen staatliche Bedrückungen dienen. Die ausgleichenden Bestrebungen der Arbeiter stören aber dieses Tun. Die Arbeiter werden deshalb umso erbitterteren Widerstand finden, je energischer sie ihre ganz selbstverständlichen Rechte in Anspruch nehmen. In seinem Widerstand findet das Kapital alle Machtmittel des Staates auf seiner Seite und die Arbeiter genießen Anschauungsunterricht über Verquickung von Wirtschaft und Politik. Schließlich sei noch auf die ursächliche Hervorbringung der Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung durch die Technik verwiesen.

Auch in unsern Berufen hat sich das Werkzeug enorm entwickelt und zur Industrialisierung des graphischen Gewerbes geführt, das heute ein bedeutender Faktor des öffentlichen Lebens ist. Wir haben auch die bereits erwähnte Entwicklung durchgemacht, deren Ende aber bei weitem noch nicht erreicht ist. Dadurch sind die früheren Verhältnisse verschwunden und mit ihnen zum größten Teile der Unternehmerfadmänn. Als denkende Arbeiter sehen wir in dieser Entwicklung etwas unpersonliches, vom Willen des einzelnen Unternehmers ganz unabhängiges. Es wäre deshalb sehr töricht, Personen für die gesellschaftlichen Zustände verantwortlich zu machen.

Wenn aber durch gesteigerte Ergiebigkeit der Arbeit der Arbeitswert im Produkt sinkt, so ist im graphischen Gewerbe eine bedeutende Wertsenkung erfolgt, denn das Warenquantum hat sich vervielfacht. Damit mußten notwendigerweise die ausgleichsuchenden Bestrebungen der Arbeiterorganisationen einsetzen. Bei deren Bekämpfung aber wendet das Unternehmertum, soweit es sich in der sonderbarerweise »Schutzverband« genannten Organisation zusammengefunden hat, die bereits erwähnten Mittel an. Wir werden als Feinde der Technik hingestellt, weil wir an der gesteigerten Ergiebigkeit der Arbeit teilhaben wollen und unmoralische Lehrlings Einstellungen nicht zugeben können und in gleicher Weise wird eine gelbe Schutzgarde subventioniert. Die Gerechtigkeit erfordert indessen zu sagen, daß nicht alle Unternehmer diesen Schilages sind, daß vielmehr ein erheblicher Teil im Rahmen der Verhältnisse entgegenkommen zeigt.

Wir sind durch die Regierungskunst auch ganz empfindlich von schwindender Absatzmöglichkeit betroffen worden und müssen feststellen, daß durch Verwendung von allerhand Surrogaten im Arbeitsgang schwere gesundheitsliche Störungen hervorgerufen werden.

Der markanteste Ausdruck tritt aber in der Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung zutage. Die Technik selbst hat sich ganz un-

gläublich entwickelt und die ehemalige Handarbeit wird mehr und mehr verdrängt. Fein erdachte Hilfsmittel führen in kurzer Zeit aus, was früher Wochen und Monate dauerte. Die Handhabung der technisch hochentwickelten Mittel aber erfordert bei uns Arbeitskräfte, die den Beruf im Ganzen beherrschen müssen. Auch die Maschinentechnik hat Verfahren gezeitigt, über die an dieser Stelle mehrfach schon berichtet wurde und die ebenfalls umfassende Berufskennntnisse erfordern.

Zur Förderung technischer Rüstung liegen Anträge vor, die uns auch auf diesem Wege bei allseitiger Teilnahme vorwärts bringen werden.

Borgen macht Sorgen.

Ein altes Sprichwort und ein wahres dazu. Auch im Gewerkschaftsleben bewahrheitet es sich beim »Borger« (Beitragsrestanten) und beim »Sorgor« (Verbandsfunktionär); also allen beiden Teilen macht das Borgen nur Sorgen.

Wenn die Quartalsabschlüsse fertig gestellt werden und trotz Mahnungen stets noch hunderte von Beitragsresten vorhanden sind, die von einem Quartal ins andere geschleppt werden, so drängen sich den Verbandsfunktionären unwillkürlich Sorgen auf. Es denkt darüber nach, wer denken kann: Was soll aus diesem oder jenem Mitgliede werden, wenn es plötzlich krank oder arbeitslos wird und ihm nach dem Statut alle rückständigen Beiträge abgezogen werden müssen, oder wenn es wegen hoher Rente überhaupt keine Unterstützung ausgezahlt erhalten kann? Solche Fragen müßten sich doch auch unbedingt die mit ihren Verbandsbeiträgen rückständigen Mitglieder stellen!

Manches Mitglied mag sich vielleicht im stillen Kämmerlein selbst Gedanken und Sorgen machen, wenn es an Frau und Kinder denkt; trotzdem trägt es nach außen eine Gleichgültigkeit zur Schau, die manchmal sogar in dem unüberlegten Satz gipfelt: »Mögen sie mich ausschließen.« Wenn Ausschlüsse in manchen Orten vielleicht nicht so streng nach dem Statut vollzogen werden, so ist es die gewissenhaftigkeit mancher Verbandsfunktionäre, welche vor dem letzten Mittel — dem Ausschluß — zurückschrecken.

Wieder sind es die Sorgen, welche zum Nachdenken anregen: wie ist dieses oder jenes Mitglied zum regelmäßigen Beitragszahler zu gewinnen, wie ist die Mitgliedschaft vom Restantentum zu befreien? Und so kommt man auf den Gedanken, an das Ehrgefühl mancher Mitglieder zu appellieren, und erst wenn auch dieser Appell versagt, wird zum äußersten Mittel gegriffen und der Ausschluß vollzogen.

Wie kann man aber an das Ehrgefühl der Restanten einer Mitgliedschaft appellieren? Die Verlesung der Restanten einer Mitgliedschaft in den Monatsversammlungen allein hilft nichts, denn die größeren Restanten sind in der Regel am Orte bereits bekannt. Es müßten also schon weitere Kreise auf das Ehrgefühl einwirkend sein, und das wären die Gautage oder auch Generalversammlungen, wo die Restantenliste veröffentlicht werden könnte. Wenn die fast permanenten Restanten, welche sogar meistens auch nicht einmal eine begründete Stundung beantragen, also ruhig weiter borgen, nun ihren Vertretern bzw. Delegierten zu Gautagen oder Generalversammlungen nicht so viel Ehre antun wollen, daß sie niemals mit einer Restantenliste auf Gautagen oder Generalversammlungen erscheinen, dann wüßte ich nicht, was noch — außer dem Ausschluß — wirken sollte oder wirken könnte. Und wenn selbst solche eingefleischten Restanten es ihren Verbandsfunktionären oder Delegierten nicht zur Ehre täten, so müßten sie ihrer Mitgliedschaft, also der Gesamtheit am Orte, schon so viel Ehre antun, daß sie bei Gautagen oder Generalversammlungen nicht als »Borgorje« oder »Restantennester« bekannt werden.

Viel energischer als in Deutschland geht man in Österreich dem Restantennunwesen zu Leibe. Unser österreichischer Bruderverband gibt in seinem gedruckten »Bericht über die Tätigkeit des Zentralausschusses im Jahre 1912« die folgenden recht beherzigenswerten Worte zum Nachdenken und Nachhandeln für alle, welche mit ihren Verbandsbeiträgen im Rückstande sind:

»Um nun in unseren organisatorischen Fragen fortzufahren, sei in erster Linie das Restantennunwesen bemerkt. In allen Ortsgruppen, mit wenigen Ausnahmen, geben sich die Funktionäre alle Mühe, die Mitglieder auf den Schaden, den sie sich selbst und in erhöhtem Maße ihren Angehörigen zufügen, wenn sie krank oder konditionslos werden, aufmerksam zu machen, oder es tritt der Fall ein, daß das Mitglied stirbt, dann sind die Hinterbliebenen doppelt geschädigt durch die begangene Gewissenlosigkeit der Nichtbezahlung der Beiträge. Eine Gewissenlosigkeit ist es überhaupt für alle beschäftigten Gehilfen oder Hilfsarbeiter, die in geregelten tariflichen Verhältnissen arbeiten und ihre Organisationspflichten vergessen, vergessen auf jene Institution, welche ihnen die Verhältnisse geschaffen hat. Wie weit die Frage des Restantennunwesens

noch in anderer Hinsicht speziell auf die innere Entwicklung der Organisation störend wirkt, werden so manche Kollegen noch zu spüren bekommen. . . Diese Betrachtungen mögen unsere Mitglieder bedenken, und sie müßten dann, so sollte man glauben, ihren Verpflichtungen ihrer Organisation gegenüber jederzeit nachkommen.

Auf Seite 10 des Berichts ist noch folgende Mitteilung zu lesen:

»Der Zentralausschuß des Oesterreichischen Sene-felder Bundes hat sich veranlaßt gesehen, seinen Mitgliedern bekannt zu geben, daß der § 8: *Folgen der Nichtzahlung der Beiträge*, worin es im Punkt 1 heißt: »Ist ein Mitglied mit 6 Wochenbeiträgen im Rückstande, so werden sämtliche Rechte auf Unterstützung aufgehoben«, strikte eingehalten werden muß, und daß dieser Punkt nicht nur Anwendung auf die Kranken- und Konditionslosen-, eventuell Waffen-, Reise- und außerordentliche Unterstützung, sondern auch für die Hinterbliebenen-Unterstützung findet. Die Kollegen und Kolleginnen werden daher in ihrem eigenen Interesse sowie im Interesse ihrer Frauen und Kinder dringendst gemahnt, das Restantenunwesen endlich einmal aus der Welt zu schaffen, um so ihre Familie vor Schaden zu bewahren und ihre erworbenen Rechte zu beschützen.«

Unser Hauptvorstand müßte auch einmal so eingreifen, dann würde vielleicht doch mancher Beitragrestant zur Besinnung kommen und sich seiner Pflicht gegen den Verband bewußt werden.

Durch manche Kollegen wird aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse das Restantenunwesen manchmal auch noch indirekt »beschützt«; man erzählt sich und andern — und glaubt es schließlich auch noch selbst — daß man jetzt dreimal so hohen Beitrag zahlt als früher (1905). Wer's »glaubt«, hat eben unsere Entwicklung nicht gelesen. In »Zur Verschmelzung 1905« heißt es:

»Die XIII. Generalversammlung des Bundes hatte die Verschmelzung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe beschlossen. Der Verband löste sich auf, seine Aktiven und Passiven übernahm der Bund, seine Mitglieder traten sämtlich dem Bunde bei.«

Vor der Verschmelzung zahlte man im Verband 50 Pf. und im Bund 60 Pf., ist in Summa 1,10 Mk., nach der Verschmelzung 1,20 Mk.; und im neugegründeten Verband (1907) wurde später der Beitrag auf 1,30 Mk. erhöht. Jeder edle Kollege zahlte also früher schon mindestens 1,10 Mk., jetzt 1,30 Mk. Beitrag. Wo ist denn das dreimal so viel? Man soll also den Restanten durch derartige unbegründete Redereien nicht noch Wasser auf die Mühlen leiten, sondern sie an ihre Pflichten mahnen.

Nach reiflicher Überlegung und aus ehrlicher Überzeugung sind vorstehende Zeilen geschrieben; mögen sie Beachtung finden, dann ist der Zweck erreicht und es bedarf keiner weiteren Handlungen. In manchen Läden steht geschrieben: »Willst du borgen, komme morgen!«; auch durch Bilder kommt zum Ausdruck: »Hier wird nicht gepumpt!« Deshalb nochmals zum Schluß: »Borgen macht Sorgen«. Fort mit der Pumpwirtschaft! L. S.

Ortsberichte.

Saalfeld a. S. Eine recht gut besuchte Mitgliederversammlung fand am Montag, den 28. Juli statt und zwar die letzte vor der Verbands-Generalversammlung. Die Tagesordnung war eine ziemlich umfangreiche, ging aber glatt von statten. Besonders der Abschluß des 2. Quartals gab ein recht erfreuliches Bild der Mitgliedschaft. Zur Generalversammlung wurden noch manche Wünsche für die Branchen-Konferenzen laut, und für eine auch eine Resolution einstimmig angenommen, nachdem vorher eine recht interessante Aussprache stattgefunden hatte, welche zeigte, daß Leben unter den Versammlungen besuchenden Mitgliedern herrscht. Von der Mitgliedschaft Selbst in Bayern, also dem »bayrischen Nordpol« unseres Verbandes erging an die Mitgliedschaft Saalfeld, als den »thüringischen Südpol«, eine Einladung zu einem am ersten Sonntag im September stattfindenden Ausflug in das romantische Hölental, allwo auch einige Papierfabriken, und auf dem Weg dahin besonders sehr schöne, abwechslungsreiche Landschaftsbilder zu schauen sind. Auch der hiesige Amateur-Photographenklub, der meistens aus Graphikern besteht, und erst kürzlich eine herrliche Probe seines Könnens in einer Ausstellung gezeigt hat, in der auch prächtige Federzeichnungen und Aquarellstudien eines leider nur allzubald wieder den Saalfelder Staub von den Pantoffeln schüttelnden graphischen Künstlers mit ausgestellt waren, hat seine Teilnahme zugesagt. Hoffentlich werden sich auch noch aus anderen Mitgliedschaften Thüringens Kollegen an diesem herrlichen Ausflug und Kollegen-tätigkeit beteiligen. Für manche mag es ja etwas weiter sein als für die Selber und Saalfelder, aber erstere, welche die Anregung gegeben haben, liegen »Hölle« auch nicht zu nahe, jedoch das Hölental hat Anziehungskraft. Allen Mitgliedern, also auch solchen, die die Versammlungen nur selten besuchen, dürfte es von Interesse sein, zu wissen, daß die Mitgliederversammlungen von jetzt ab regelmäßig jeden dritten Montag im Monat stattfinden und die Zeit auch so gelegt wurde, Anfang 7 Uhr abends, daß sie für Stadt- und Landbewohner gleich günstig ist. M.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Lithographenkonferenz, abgehalten in Stuttgart am 11. August 1913.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches.
2. Bericht über die Tätigkeit der Zentralkommission und die Tätigkeit des Bearbeiters des Teils der Lithographen in der Presse.
3. Welche Aufgaben entstehen den Lithographen aus den Umwälzungen in der Technik im graphischen Gewerbe?
4. Die Zeichnerfrage.
5. Verschiedenes.

Der Vorsitzende der Zentralkommission der Lithographen, Kollege Hermann Müller, teilte bei Eröffnung der Konferenz mit, daß zur Konferenz 20 Abgeordnete der Kollegen erschienen seien, dazu noch die Kollegen Barthel und Schnetter als Vertreter der Presse und Kollege Eberlein als Vortragender über die Zeichnerfrage.

Über die Tätigkeit der Zentralkommission während der letzten drei Jahre berichtete Kollege Müller. Er hielt sich dabei im wesentlichen an den in der Nummer 29 der Graphischen Presse veröffentlichten schriftlichen Bericht. Er betonte, daß die Durchführung verschiedener Aufgaben, die der Zentralkommission zugewiesen worden seien, durch die letzte große Bewegung eine Unterbrechung erlitten habe. Die neue Zentralkommission werde aber jetzt alle die Arbeiten vollenden müssen. Anschließend gab Kollege Schnetter einen kurzen Überblick über seine Presse-Tätigkeit, die er seit der Zeit, als für die Lithographen in der Graph. Presse ein besonderer Teil eingerichtet worden ist, geleistet hat. Da vom Hauptvorstand und dem Verbandsausschuß der Generalversammlung ein Antrag vorgelegt worden ist, den Posten des selbständigen Bearbeiters des Lithographenteils aufzuheben, schilderte Kollege Schnetter dabei auch die Gründe, die zur Schaffung dieses Postens geführt haben. Geschrieben hat Kollege Schnetter im Laufe der Jahre 176 längere Artikel, die sich mit beruflichen Fragen der Lithographen befassen. Daneben wurden von ihm 170 Aufsätze und 83 Berichte, die von Kollegen eingesandt wurden, bearbeitet. Im allgemeinen Teil der Graph. Presse hat er 34 Artikel veröffentlicht, die nicht besonders honoriert wurden. In der Aussprache über die Berichte kam es zu langen Auseinandersetzungen über den Antrag des Hauptvorstandes und des Ausschusses an die Generalversammlung, über die Tätigkeit der Zentralkommission sprach man sich im allgemeinen befriedigend aus; auch war man allseitig darin einig, daß die Pressearbeit des Kollegen Schnetter bei den Lithographen Anklang gefunden und ihren Interessen sehr viel genützt hat. Schließlich kam man zu dem Beschluß, einer gewissen Änderung der Form der jetzigen Bearbeitung des Lithographenteils die Zustimmung zu geben. Man wolle damit erreichen, daß bei allen Sparten eine ebenso intensive und sachkundige Bearbeitung der Berufsfragen eintrete. Es sollen möglichst für alle Sparten bestimmte Pressemitarbeiter herangezogen werden, die die besonderen Berufsfragen systematisch bearbeiten. Auf Antrag des Kollegen Ehlers wurde noch folgender Beschluß gefaßt: »Die Stuttgarter Lithographenkonferenz erklärt, daß die Bildung von besonderen Lithographensektionen in den Zahlstellen, denen mindestens 50 Lithographenkollegen angehören, wünschenswert ist. Von Selten des Hauptvorstandes, der Zentralkommission und der Gau-Angestellten muß auf die Einrichtung fördernd eingegriffen werden. Beschlissen wurde auch, daß künftig der Bericht der Zentralkommission mit in dem des Hauptvorstandes an die Generalversammlung zu veröffentlichen ist. Die Berichte sind mindestens vier Wochen vor der Generalversammlung den Delegierten zu übergeben.

Über die Umwälzungen in der Technik und den daraus uns erwachsenden Aufgaben sprach Kollege Czech. Nach einer sehr lehrreichen Aussprache über diesen Vortrag kam man zu folgenden Beschlüssen: »1. Die am 11. August 1913 in Stuttgart tagende Konferenz der Lithographen ist der Überzeugung, daß im Hinblick auf die technische Entwicklung des Berufes die bisherige Ausbildung der Arbeitskräfte ungenügend ist. Die neuen Verfahren, soweit sie eine Kombination der Lithographie darstellen und gute Resultate erreicht werden sollen, stellen an die Kollegen solche Ansprüche, die nur dadurch erfüllt werden können, wenn die Ausbildung auf einer anderen Grundlage erfolgt. Neben der Beherrschung des gesamten Gebietes der Lithographie hält die Konferenz weitgehende Fähigkeiten im Zeichnen und im Entwurf, gutes Farbenverständnis, Kenntnisse der Grundlagen der Reproduktions-photographie und der Chemie für erforderlich. Wo die Möglichkeit geboten ist, ist auf die Errichtung von Fachschulen oder einen entsprechenden Ausbau der Fortbildungsschulen durch Schaffung von Fachklassen mit Werkstattunterricht, möglichst unter Inanspruchnahme städtischer Mittel und der Heranziehung der Unternehmer zur Deckung der Unterhaltungskosten, hinzuarbeiten. Die Konferenz spricht

die Erwartung aus, daß die neuen Verfahren allen Branchen offen bleiben, damit den Angehörigen der Berufe, die durch die neuen Verfahren bedrängt werden, die wirtschaftliche Existenz nicht noch mehr gefährdet wird. Im übrigen unterstützt die Konferenz die Anträge auf Schaffung einer zentralen Sammelstelle für Druckerzeugnisse. — 2. Die Zentralkommission der Lithographen wird beauftragt, über die Ausbildung der Lehrlinge in den Blechdruckereien eine Statistik aufzunehmen über die Anzahl der jetzt vorhandenen Lehrlinge, die Art ihrer Ausbildung, das weitere Fortkommen der Ausgelernten, die Zahl der vom Beruf Abgegangenen und die Gründe, die zum Abgang geführt haben.«

Der Vortrag des Kollegen Eberlein über die Zeichnerfrage und die daran sich anschließende Aussprache führte zu folgender Entschliebung: »Die am 11. August 1913 in Stuttgart tagende Konferenz der Lithographen, Kartographen und graphischen Zeichner nimmt Kenntnis vom dem Ergebnis der Statistik, das beweist, daß der übergroße Teil der organisierten graphischen Zeichner Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe ist. — Da die graphischen Zeichner beruflich in engster Fühlung mit den anderen Berufssparten dieser Organisation stehen, somit ihre beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch die jener Berufsgruppen beeinflusst werden, ist auch eine gemeinschaftliche Organisation notwendig. Deshalb mißbilligt die Konferenz die Versuche anderer Organisationen, durch Sonderorganisation der graphischen Zeichner eine gewerkschaftliche Zersplitterung herbeizuführen, die nicht im Interesse der graphischen Zeichner liegen würde. — Die Konferenz fordert alle Mitgliedschaften des Verbandes auf, eine rege Agitation unter den graphischen Zeichnern zu entfalten. Zu diesem Zwecke sind in allen Orten, in denen graphische Zeichner beschäftigt sind, Agitationskommissionen aus der Mitte der graphischen Zeichner ins Leben zu rufen, die in der Enifaltung ihrer Tätigkeit stets in engster Fühlung mit der Zentralkommission der Lithographen, Kartographen und graphischen Zeichner stehen müssen.

Unter Verschiedenem stellt Kollege Herbst mit Bedauern fest, daß es dem Unternehmertum in Leipzig gelungen ist, die dortigen Gehilfen, denen ein Einfluß im Ausbau der Königlich Akademie für graphische Künste eingeräumt worden war, um ihre Rechte zu bringen. Dieses arbeiterfeindliche Vorgehen des Unternehmertums sei unsomehr zu verurteilen, da die Gehilfen diejenigen gewesen seien, die die erste Anregung zur Einrichtung von Kursen für Lithographen gegeben und praktische Fingerzeige dazu gegeben haben.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-Aluminium- und Notendrucker.

Steindruckerkonferenz, abgehalten im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart am 11. August 1913.

Nach der Eröffnung durch Kollegen Hoffmann-Berlin konstituierte sich die Konferenz und wählte den Kollegen Leinen-Dresden als Vorsitzenden und Kollegen Großmann-Lepzig als Schriftführer. Folgende Tagesordnung wurde festgesetzt:

1. Bericht der Zentralkommission.
2. Technische Umwälzungen im Steindruck.
3. Die Prämienfrage.
4. Hygienische Verhältnisse im Beruf.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Hoffmann-Berlin. Er verweist auf den in der »Graphischen Presse« schriftlich gegebenen Bericht. Daran anschließend zeigte er, daß dem in Hamburg gegebenen Auftrag, den Umwälzungen der Technik die größte Aufmerksamkeit zu schenken, im weitesten Maße Rechnung getragen wurde. Das gesammelte Material wurde durch Rundschreiben den einzelnen Zahlstellen zur praktischen Anregung und Benutzung zur Verfügung gestellt. Weiter trat die Zentralkommission an den Hauptvorstand wegen Beteiligung an der Dresdener Hygiene-Ausstellung heran. Die Maßnahmen der Ausstellungsleitung machten es bekanntlich den Gewerkschaften unmöglich, sich daran zu beteiligen. Die im keramischen und im Blechdruck aufgenommene Statistik zeigte Verhältnisse, welche an Bilder aus dem schlesischen Weberelend erinnern. Hoffmann führte aus, daß das Interesse der Kollegen für diese Statistik sehr groß war. In der Diskussion wurden alle diese Fragen einer eingehenden Aussprache unterzogen. Weiter wurde die Auslegungskunst des Schutzverbandes bezüglich der Vereinbarungen über den Bronzedruck in schärfster Weise gegelbelt. Auch wurde eine Verbesserung der Arbeitslosensatzung gewünscht. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

»Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Lithographie- und Steindruckgewerbe muß festgestellt werden:

daß 1. durch die Zoll- und Handelspolitik des Deutschen Reiches und die dadurch hervorgerufenen Wirtschaftspolitik des Auslandes das Absatzgebiet für lithographische Erzeugnisse stark zu ungunsten des Gewerbes beeinflusst wird;

- daß 2. durch die wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen der ausländischen Staaten diese immer mehr zur Eigenproduktion in Lithographie und Steindruck übergehen und es nicht zu erwarten ist, daß das verlorengegangene Absatzgebiet wieder zurückerobert werden kann;
- daß 3. die politischen Verhältnisse das Inlandsabsatzgebiet nicht fördern und auch hier eine außerordentliche Einschränkung erfolgt ist;
- daß 4. infolge dieser Tatsachen heute schon die Zahl der überflüssigen Arbeitskräfte im Steindruck einen solchen hohen Stand erreicht hat, daß selbst tüchtige Kräfte mit monatelanger Arbeitslosigkeit zu rechnen haben.

Die Stuttgarter Konferenz der Steindrucker beauftragt deshalb den Hauptvorstand, mit allen Mitteln die mit dem Schutzverband deutscher Steindruckerbesitzer getroffenen Abmachungen durchzuführen; insbesondere aber ist gemäß § 3 dieser Vereinbarungen, wie auch ferner bei allen Verhandlungen und Abschlüssen von Tarifen mit den Unternehmern für eine weitere Herabsetzung der Lehrlingszahl einzutreten. — Bezüglich der Ausbildung von Lehrlingen in keramischen Betrieben und in Blechdruckereien muß betont werden, daß die Erwerbsmöglichkeit in diesen beiden Branchen eine sehr beschränkte ist und daß den aus Blechdruckereien und keramischen Anstalten hervorgegangenen Gehilfen infolge des allgemeinen Niederganges des Steindruckgewerbes und durch die Zahl der im Papierdruck ausgebildeten Lehrlinge, die im Verhältnis zu den vorhandenen Arbeitsplätzen eine viel zu hohe ist, das Arbeitsgebiet im Steindruck so gut als verschlossen gilt. Der größte Teil der im Blechdruck und in keramischen Betrieben beschäftigten Gehilfen ist aus Steindruckereien (Papierdruck) hervorgegangen und es steht fest, daß der Übergang vom Papierdruck zum Blech- und keramischen Druck leichter ist, als umgekehrt. Die II. Konferenz der Steindrucker fordert den Hauptvorstand auf, durch intensive Aufklärung der Einstellung von Lehrlingen in diesen Sparten entgegen zu wirken und bei Abschluß von Tarifen, sowie Abmachungen mit den Unternehmern für diese Forderung einzutreten.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung zeigte Kollege Hoffmann an der Hand aufgelegter Zeichnungen die Entwicklung unserer Druckpressen und Maschinen. Er führte aus, daß die fortschreitende Entwicklung des Kapitalismus und die sich immer schärfer bemerkbar machenden Folgen unserer Wirtschaftspolitik unsere Unternehmer nach und nach immer mehr zu einem verbesserten Druckträger hinführen. Diesen haben nun unsere Unternehmer in Form der neuesten Maschinen (Rotary, Offset und Böttcherische Widerdruckmaschine) gefunden. Alle Verhältnisse beleuchtend erläuterte er auch die Streitfrage zwischen den Buchdruckern und unserm Verband wegen Besetzung der letztgenannten Maschine. In der Diskussion wurde ein Leitfad für die Weiterentwicklung festgelegt, welcher für die Lohnfrage und Arbeitszeit als Richtschnur dienen soll. Weiter war man allgemein der Ansicht, daß diese Arbeiten reine Steindruckarbeiten seien und die bekannte Resolution der Filiale I Berlin fand auch hier einstimmige Annahme.

Zum dritten Punkt sprach Kollege Haß-Berlin. An der Hand eines umfangreichen Materials zeigte er das Entstehen des Prämienwesens. Er wies nach, mit welchem selbstverständlichen Interesse der Kapitalismus diese Sache beobachtet und fördert. In unserm Berufe sei ja die Prämienentlohnung voneinander. Aber den doch immer wiederkehrenden Versuchen unserer Unternehmer zur Einführung des Prämienwesens müßte die schärfste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Statistisch wies er nach, daß wohl eine kolossale Steigerung der Leistung auch eine vorübergehende Erhöhung des Verdienstes, aber keine Steigerung des Zeitlohns verursache. Seine Ausführungen klangen dahin aus, den Kollegen immer wieder die Schädlichkeit dieses Systems warnend vor Augen zu führen. In der Diskussion wurde die Ansicht des Referenten vollständig geteilt, die Schädlichkeit und Gefährlichkeit des Prämienwesens anerkannt und nachstehende Resolution angenommen:

Die II. Steindruckerkonferenz erklärt: Das Prämienlohnsystem ist eines der raffiniertesten Mittel zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Unter dem Schein der höheren Bezahlung gibt es dem Unternehmer die Möglichkeit, den Arbeiter unangenehm neu anzupressen und seine Kräfte ständig bis zur äußersten Erschöpfung anzustrengen, ohne Rücksicht darauf, daß er sich frühzeitig ruiniert. Es ist ferner geeignet, die selbstständigen Leidenschaften der Arbeiter zu entzweien, künstliche Gegensätze zwischen Handpressendruckern und Maschinenmeister hervorzurufen, und dadurch die Kollegen moralisch schwer zu schädigen, wodurch der Einfluß der Organisation bei der Besserung der Arbeitsverhältnisse behindert wird. Indem es zur Erhöhung des Arbeitspensums bei Lohnarbeit benutzt wird, bewirkt diese Erhöhung der Leistung einen ständigen Rückgang der Qualitätsware und dadurch eine Einschränkung des Absatzes auf dem Weltmarkt. Aus diesen Gründen liegt es im Interesse der Arbeiter, sich gegen das Prämienlohnsystem mit aller Energie zu wenden. Die Konferenz erwartet deshalb von allen Verbandsinstanzen, daß sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Beseitigung dieses Lohnsystems wirken. Gleichzeitig

erachtet die Konferenz es für notwendig, daß in den Orten mit hoher Auftragszahl und niedrigen Löhnen die Aufbesserung der Lohnverhältnisse energisch angestrebt wird.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Hoffmann-Berlin. Ausgehend davon, daß die jetzige intensive Arbeit in unserm kapitalistischen Zeitalter die höchsten Anforderungen an den Einzelnen stelle, sei auch der Verbrauch und die Zerrüttung der Kräfte stärker. Nun müßte man voraussetzen, daß im Selbstinteresse der Industrie die besten hygienischen Verhältnisse Platzgreifen müssen, aber wie sieht es damit aus? Nach einer Statistik haben sich geradezu skandalöse Verhältnisse gezeigt. In den meisten Betrieben keine Ventilation, in einem Geschäft (Blechdruckerei) müssen die betreffenden Kollegen alle 2 Stunden pausieren an der frischen Luft. Arbeitsplätze, wo Sommer wie Winter Licht brennen muß, gar keine oder finstere Garderoben. Mangelhafte oft nur jährliche Reinigung der Arbeitsräume. An der Hand vorgelegter Photographien wurden die durch Minderwertigkeit des Materials hervorgerufenen Berufskrankheiten gezeigt. In der Diskussion wurden noch verschiedene markante Fälle hervorgehoben und nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 11. August tagende Steindruckerkonferenz beauftragt die Zentralkommission, eine systematische Durcharbeitung der Krankenscheine vorzunehmen, um ein genaues Bild über die Gesundheitsverhältnisse der Kollegen festzustellen, sowie durch eine zweckentsprechende statistische Umfrage über die sanitären Zustände in den Druckereien Material zu sammeln; dasselbe in geeigneter Weise zu verarbeiten und die sich daraus ergebenden Forderungen aufzustellen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und die Konferenz wurde geschlossen. — n.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigrappen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker Kupferstecher und -Drucker.

Die Chemigrappenkonferenz.

Am Montag, den 11. August traten die Delegierten der Chemigrappen zu einer Branchenkonferenz zusammen. Kollege Gerhardt eröffnete die Konferenz mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht der Zentralkommission.
2. Anträge zur Generalversammlung.
3. Unsere Stellungnahme zum Tarif.
4. Verschiedenes.

Der Bericht der Zentralkommission befaßte sich in der Hauptsache mit der Erledigung der letzten Tarifverhandlungen. Er wurde einer eingehenden Besprechung unterzogen, an die sich die Berichtserstattung der einzelnen Orte über die Aufnahme des neuen Tarifes in den Mitgliedschaften angeschlossen. Gerhardt betonte, daß wir nicht den Tarif abgeschlossen haben, weil wir glauben, dadurch Verbesserungen zu erzielen, sondern wir haben lediglich deshalb den neuen Tarifvereinbarung zugestimmt, um eine tariflose Zeit zu verhindern. In Leipzig haben sich die Kollegen gegen die Festsetzung des Minimallohnes gewendet und gegen die Bestimmung, daß die Kollegen bei Vermittlung zu dem Minimallohn anzufangen hätten. Jedoch haben sich die Kollegen wiederum von der Einsicht leiten lassen, daß es besser sei, die Annahme des Tarifes vorzuziehen. Die Berliner Kollegen wenden sich mit aller Schärfe gegen die Annahme des Tarifes. In München sind die Kollegen der Ansicht, daß die Vertreter, die den Tarif abgeschlossen haben, sich ihre Arbeit recht leicht gemacht haben. Die Kollegen entrüsten sich lebhaft, daß namentlich in der Ferienfrage nichts erreicht wurde. Ebenso sei die Staffeln der Löhne zu verwerfen. In Braunschweig war eine große Enttäuschung darüber, daß man einer derartigen Verschlechterung des Tarifes zugestimmt habe. Die Kollegen haben sich jedoch auch gleich mit der Frage befaßt, was zu tun sei, um eventuelle Verschlechterungen abzuwehren. Die Kollegen in Dresden erkennen an, daß wohl die Kollegen ihre Schuldigkeit getan haben, müssen aber ihre Unzufriedenheit mit dem abgeschlossenen Tarif in Bezug auf die Festsetzung des Minimallohnes zum Ausdruck bringen. Die Frankfurter Kollegen haben sich weniger gegen die Regelung des Minimallohnes gestellt, sondern hauptsächlich bedauert, daß von den beantragten Verbesserungsanträgen für die Gehilfenschaft nichts herausgekommen ist. In Stuttgart hat man die Berichtserstattung mit Ruhe entgegengenommen und sich die weitere Stellungnahme für eine spätere Versammlung vorbehalten. Die Nürnberger Kollegen sind vollständig enttäuscht über die Tarifberatung und geben voll ihrer Unzufriedenheit Ausdruck. In Düsseldorf ist die Versammlung stürmisch verlaufen und die Kollegen protestieren gegen den Abschluß des Tarifes.

Nach Entgegennahme der Berichte wurde zu den Anträgen zur Generalversammlung Stellung genommen. Es wurde hauptsächlich von den hinzugezogenen Delegierten der Lichtdrucker betont, daß in der Tiefdruckfrage eine veränderte Stellungnahme von Seiten unserer Branchen erfolgen muß. Die Jenaer Resolution der Chemigrappen war für die

Lichtdrucker eine zwingende Notwendigkeit, um die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Sie wenden sich gegen die Aufnahme des Tiefdruckes in unsere Tarifgemeinschaft, ohne daß die beteiligten Kreise befragt worden sind. Die Chemigrappenvertreter wiesen nach, daß sich seit 1910 die Tarifgemeinschaft fortgesetzt mit der Frage des Tiefdruckes befaßt habe. Hauptsächlich haben uns technische und gewerkschaftliche Erfahrungen dazu gebracht, das neue Gewerbe tariflich zu regeln. Eine Gefahr für die Kollegen im Tiefdruck durch unsere Tarifabmachung bestehe nicht. Die Jenaer Resolution sollte lediglich die Ausnützung des Verfahrens durch Unorganisierte verhindern. Die Berührungspunkte sind so eng, daß bei den neuen Verfahren keine Grenzlinien gezogen werden können, welcher Berufsgruppe sie zuzuteilen seien. In Zukunft müsse man sich vielmehr nähern, um die gemeinschaftlichen Berührungspunkte zum Wohle der in Betracht kommenden Kollegen zu erledigen. Die Zeit wird noch kommen, wo wir für alle graphischen Berufsgruppen einen zentralen Tarif schaffen werden. Jetzt müsse man einen Weg zur Verständigung finden. Die Frage könne nicht so beurteilt werden, daß Beruf gegen Beruf kämpft, sondern wir haben alle Ursache, die Berufe zusammenzuführen. Eine gemeinsame Organisation müsse gemeinsam handeln. Um volle Klarheit in der Frage der neuen Druckverfahren zu erzielen, wurde beschlossen, einen Antrag an die Generalversammlung zu stellen, eine Kommission aus den einzelnen Berufssparten zu bilden, welcher die Beratung der neuen Verfahren und die dazu gestellten Anträge zu überweisen sind.

Nach eingehender Erörterung der noch vorliegenden Anträge, soweit diese die Interessen der Chemigrappen betreffen, kam man zur Stellungnahme zum neuen Tarif. Nachdem man sich über die einschlagende Taktik ausgesprochen hatte, wurde nach Erledigung einiger nebensächlicher Angelegenheiten die Konferenz geschlossen. A.

Vereinzelt ist der Mensch eine schwache Kreatur im großen Weltraum, aber vereint, was ist er da nicht alles imstande! Vereinzelt kann eine Ratte ihm Furcht einjagen, vereint läßt sich der riesige Elefant von ihm zum Lasttier abrichten. Vereinzelt ruft ihm der reifende Waldstom zu: bis hierher und nicht weiter! Vereint ringt er den Bränden des Meeres ganze Länder ab. Vereinzelt knausert die Natur mit ihm über ihre Gaben; vereint zwingt er ihr Reichtum und Überfluß ab. Vereinzelt muß er im Schweiß seines Angesichts sein Brot essen; vereint wendet er seine geistigen Kräfte vorteilhaft an und ersetzt seine physischen Kräfte durch die Kraft der Elemente. Wilhelm Weitling.

Alle, die in harter Fron ihr Leben fristen müssen, wissen, was der Kapitalismus bedeutet. Jeder Tag lehrt uns aufs neue, daß wir für das Unternehmertum nur sind, was die Kohle für die Maschine ist, und jeder neue Tag bringt uns zum Bewußtsein, daß, was in den Kassen der Unternehmer ist, Leiden und Entbehrungen der Arbeiterschaft zur Voraussetzung hat. Die Arbeiterschaft ist die Grundlage des Staates in der heutigen Gesellschaft, und die uns erzählen, daß wir dulden müssen, während die anderen genießen, weil das die von Gott gewollte Ordnung sei, sind verfluchte Lügner. Ließe man dem Arbeiter die Frucht seiner Arbeit, könnte es nur glückliche Menschen geben. Der Kapitalismus baut sich auf auf Unterdrückung, er schreut auch vor den scheußlichsten Verbrechen nicht zurück. Dagegen müssen wir unsere Stimme erheben und wie Donnerbrausen soll es hinausgehen in alle Welt: Auch der Arbeiter hat das Recht, menschlich behandelt zu werden! Franz Schuhmeier.

Die Verkürzung der Arbeitszeit hat das Lohnkonto zwar erhöht, aber man hat die Beobachtung gemacht, daß der Gesundheitszustand der Leute besser geworden ist, daß sie pünktlicher und schaffensfreudiger die Arbeit aufnehmen und daß der Arbeiterwechsel wesentlich abgenommen hat. Auch die Zahl der Unfälle hat sich verringert! — Der Direktor einer Gasanstalt, in welcher vor einem Jahre die 8 stündige Arbeitszeit eingeführt wurde, war früher ein scharfer Gegner der 8 stündigen Schicht, bekennt sich aber nun rückhaltlos als deren Anhänger! Er hat durch scharfe Beobachtung seiner Leute seine frühere Befürchtung, daß diese die vermehrte freie Zeit in wenig ersprießlicher Weise ausnützen würden, vollkommen widerlegt gefunden! Er hat im Gegenteil wahrgenommen, daß sich die Leute während ihrer freien Zeit sonntäglich kleiden, mit ihren Familien spazieren gehen oder Besorgungen machen. Er erwartet jetzt vom Achtstundentag einen tüchtigen, zuverlässigen Arbeiterstamm.

Berliner Gewerbe-Inspektoren 1908.

Die Gesellschaft darf ihre eigenen Glieder nicht zermalmen, schwächen oder schädigen. Die erste Aufgabe der Gesetze ist, die Gesellschaft gesund zu erhalten, der sie dienen. Sanitäre Gesetze, Nahrungsmittelgesetze und Gesetze über die Arbeitsbedingungen, welche die einzelnen für sich selbst festzusetzen nicht die Macht haben, das sind die wichtigsten und eigentlichen Aufgaben der Gerechtigkeit und der Gesetze.

W. Wilson, Präsident der V. St. von Nordamerika.

Feuilleton.

Etwas von der Farbe.

Obwohl wir berufsmäßig viel mit Farben zu tun haben, ist deren Wesen recht wenig bekannt. Das liegt an dem mangelhaften Lehrgang, der theoretische Betrachtungen nicht bringt und selbst praktische Versuche immer seltener werden läßt. Niemand kennt den Ursprung der Farben, sondern jeder muß sich auf das verlassen, was ihm in dieser Beziehung angelehrt wurde. Wie könnte auch der Lernende etwas wissen, was der Lehrende selbst nicht kennt. Selbst in den Fachschulen und Fachklassen sieht es auf diesem Gebiete traurig aus. Kurzum, keiner wird mangels geeigneter Lehrer in das nicht nur interessante, sondern für uns auch höchwichtige Gebiet eingeführt. Wohl hat sich durch Gewohnheit ein bedeutendes Können entwickelt, doch fehlt diesem zumelst alles Wissen. In der Praxis haben sich dadurch merkwürdige Gepflogenheiten herausgebildet. Der eine Kollege lobt eine Farbe und will keine andere verwenden, während ein anderer mit derselben Farbe nicht fertig zu werden glaubt und dafür auf ein fremdes Fabrikat nichts kommen läßt. Die Farbenchemie hat sich aber in den letzten Jahrzehnten derart entwickelt, daß wesentliche Unterschiede zwischen verschiedenen Fabrikaten bei gleichem Preise und gleichem spezifischen Gewicht gar nicht wahrnehmbar sind. Hier spricht vielmehr die Tatsache mit, daß beim Bezugswechsel der Farben anderer Unternehmer billigeren Ersatz einführen möchte. Dabei ist Mißtrauen allerdings am Platze. Liegt das aber nicht vor, so kann unbesorgt jedes Fabrikat irgendwelchen Ursprungs verwandt werden.

Das mangelhafte Wissen auf den Gebieten der Farbenlehre, Farbenerscheinung und Farbenherstellung ist umso verwunderlicher, als der heutige Stand der Reproduktion farbiger Darstellungen doch nur durch die ungeheuren Fortschritte der Farbenchemie mit erreicht werden konnte.

Wir sind deshalb der Meinung, eine Dankschuld in etwas abzutragen, wenn wir die Aufmerksamkeit der Kollegen auf einige Dinge lenken, die sonst nicht sonderlich behandelt werden. Im Rahmen eines kurzen Artikels kann natürlich nicht die Ausführlichkeit Platz greifen, die Materie überhaupt nicht in dem Umfange berührt werden, wie sie es verdient. Immerhin glauben wir, daß die Kollegen einigen Nutzen aus dem Folgenden ziehen, zumal die Anzahl der angewandten Farben immer geringer wird. Zu diesem Zwecke sind die Worte geschrieben.

Der Ausdruck »Farbe« bezeichnet sowohl den Eindruck, den das Licht auf die Netzhaut des Auges hervorruft, als auch jene Körper, die bestimmte Lichtstrahlen aufsaugen und andere zurückwerfen und dadurch den Eindruck erzeugen, den das Licht auf der Netzhaut des Auges hervorbringt.

Das setzt voraus, daß es Lichtstrahlen mit verschiedenen Eigenschaften geben muß. Und das ist in der Tat auch der Fall.

Wenn man durch einen Schirm einen Sonnenstrahl leitet und diesen durch ein Prisma gehen läßt, so wird das weiße Licht in seine farbigen Bestandteile zerlegt. Es entstehen die sog. Regenbogenfarben oder das Spektrum. Die Farben rot, orange, gelb, grün, blau, ultramarin und violett liegen nebeneinander. Diese Farben sind nur dem Auge bemerkbar. Man versteht unter Farbe, ganz speziell in unserer Praxis, aber auch solche Stoffe (Farbstoffe, Pigmente) die in unserm Auge den Eindruck einer Farbe des Spektrums erwecken.

Die verschiedenen Farben des Spektrums werden durch verschiedene Wellenlängen der einzelnen Strahlen des Lichtbundes erregt. Das Farbenband des Spektrums zeigt auf seiner linken, kleineren Hälfte die warmen und auf der rechten, größeren Hälfte die kalten Farben. Es folgen der Reihe nach 3 warme Farben, das die Mitte haltende Grün und dann 3 kalte Farben.

Fällt weißes Licht auf Körper, so wird dieses oder einzelne seiner Strahlen entweder ganz oder teilweise aufgesogen oder zurückgeworfen. Dadurch macht sich unserm Auge die verschiedene Färbung der Körper bemerkbar, es entsteht die Farbenpracht.

Saugt ein Körper alle Lichtstrahlen auf, so erscheint er uns schwarz; werden alle Lichtstrahlen zurückgeworfen, so nennen wir den Körper weiß. Ein Körper, der alle Lichtstrahlen bis auf die blauen aufsaugt, diese aber zurückwirft, ist blau. Und so ist es bei jeder anderen Farbe.

Die Wahrnehmung des Farbeindrucks hängt aber nicht nur von der Beschaffenheit bestimmter zurückgeworfener Lichtstrahlen ab, sondern auch davon, in welchem Winkel das Licht auffällt und in welcher Umgebung sich die Farbe befindet. Diese Tatsache hat schon für manchen Kollegen Verdruß gebracht. Ist im Betriebe nicht für möglichst gleichmäßiges Licht gesorgt, so wirkt ein farbiges Original am frühen Morgen ganz anders als am späten Nachmittag. Und die schönste Farbe kann in ungeeigneter Umgebung disharmonisch aussehen.

Zur richtigen Wahrnehmung der Farben gehört nun auch ein besonderer Sinn, der Farbensinn. Dieser schwankt in weiten Grenzen, denn bei verschiedenen Personen ist der zum richtigen Erkennen der Farbe notwendige Sättigungsgrad sehr verschieden. Wohl wird gute Schulung dazu beitragen, den Farbensinn zu steigern, doch muß dieser vorhanden sein. Viel Streift und ungeredete Behandlung sind schon dadurch gekommen, daß der Farbensinn oft aus rein körperlichen Ursachen bei Arbeiter und Unternehmer oder dessen Beauftragten nicht gleichmäßig vorhanden ist.

Werden Farben entweder gar nicht als solche oder werden nur einzelne Farben wahrgenommen, so liegt totale oder partielle Farbenblindheit vor, die in der Regel unheilbar ist. Gut ausgeprägter Farbensinn ist also eine der unerläßlichen Eigenschaften, die unsere Kollegen haben müssen und die Pflege dieses Sinnes sollte sich jeder angelegen sein lassen.

Aus den Farben des Spektrums wurden die sogenannten Grundfarben bestimmt. Darunter versteht man Farben, die sich nicht durch Mischung erzeugen lassen, mit denen man aber durch bestimmte Mischungen die anderen Farben erzeugen kann. Von den hierzu aufgestellten beiden Theorien ist die ältere von Brewster für unsere praktischen Zwecke am geeignetsten, während die jüngere von Helmholtz mehr wissenschaftlicher Art ist und einige Dinge erklärt, die sich mit der älteren Theorie nicht erklären lassen.

Nach Brewster sind die Grundfarben: rot, gelb, blau, die auch als Farben erster Ordnung bezeichnet werden. Mischt man eine Farbe dieser Ordnung mit je einer anderen, so entstehen: orange, grün, violett, die Farben zweiter Ordnung genannt werden. Damit sind die Farben des Spektrums bis auf eine der rechten, kalten und größeren Hälfte erreicht.

Durch diese Mischungen wird nun aber auch das Verhältnis der Farben unter- und zueinander vielgestaltiger und interessanter. Das Gebiet ist so anziehend, daß bedeutende Gelehrte Studien über das Verhältnis der Farben zueinander betrieben und nach einer Harmonie der Farben suchten, wie es in der Musik eine Harmonie der Töne gibt. Und schließlich ist es nicht unmöglich, daß noch eine weitere Reihe von Gesetzen entdeckt wird, die über die Farbe Aufschluß geben.

Betrachten wir zunächst das Verhältnis der Grundfarben zu den Mischfarben, die als Farben zweiter Ordnung genannt wurden. Nach der Theorie ergeben die Grundfarben zusammengeführt wieder weißes Licht oder sagen wir der Kürze halber: weiß. Sehen wir uns nun die Farben zweiter Ordnung an, so finden wir, daß immer eine der Grundfarben fehlt.

Rot und Gelb bei fehlendem Blau gibt Orange, Gelb und Blau " " Rot " Grün, Rot und Blau " " Gelb " Violett.

Die fehlende Farbe hinzugemischt würde also nach der Theorie dazu führen, daß Weiß entstünde. Die jeweils fehlende Farbe einer solchen zweiter Ordnung heißt deshalb Ergänzungs- oder Komplementärfarbe.

Demnach ist Blau dem Orange, Rot dem Grün und Gelb dem Violett komplementär. Das zu wissen ist für unsere Kollegen von großer Wichtigkeit, denn Komplementärfarben wirken harmonisch; sie zeigen den Gegensatz oder Kontrast der Farben in höchster Entwicklung und werden deshalb auch Kontrast-

farben genannt. Und da unsere Produkte in immer weniger Farben hergestellt werden, ist umso mehr auf den Kontrast zu sehen.

So schön wie in der Theorie verläuft die Mischung freilich nicht. Wollte man dieses tun, so würde kein Weiß, sondern ein mehr oder weniger farbiges Grau entstehen. Das erklärt sich aus der oben erwähnten Helmholtz'schen Theorie. Für uns aber ist das weniger von Bedeutung, denn keinem Kollegen wird entfallen, aus Blau und Orange ein Weiß mischen zu wollen.

Mit den Farben 1. und 2. Ordnung kann man nahezu alle Farbenabstufungen erzielen, vorausgesetzt, daß es sich nicht um gewisse Spezialfarben handelt, die sich durch die staunenswerte Entwicklung der Farbenchemie eingefunden haben. Und so ergibt dann die Mischung zweier sich nicht ergänzender Farben in der Regel eine dritte Farbe von gleicher Leuchtkraft wie die Mischfarben. Z. B. läßt sich mit blau und grün eine unbegrenzte Anzahl grüner Töne erreichen.

Das Licht erzeugt aber nicht nur den Eindruck in unserm Auge, den wir als Farbe bezeichnen, sondern es kann auch zerstörend wirken. Es treten dabei sowohl physikalische als auch chemische Erscheinungen auf. Wir alle kennen die bleichende Wirkung des Lichtes auf Anzugstoffe, geringe Papiere und auch auf Farben. Von letzteren sagen wir dann, sie sind nicht lichtecht.

Es werden also bei den Farben bestimmte Eigenschaften vorausgesetzt. Und speziell für unsere gewerblichen Zwecke wird von den Farben verlangt, daß sie rein, widerstandsfähig, weid und im Wasser nicht löslich, daß sie deckend oder lasierend sind.

Die Farben sollen chemisch so rein sein, als es ihre Herstellung zuläßt, denn je reiner eine Farbe ist, desto widerstandsfähiger und beständiger ist sie. Die Widerstandsfähigkeit hängt also zumelst von der chemischen Zusammensetzung ab. Hinzu kommt, daß Farben, die nur weidige Mischung zulassen, also grobgefüggige mineralische Erdfarben, in der Regel der bleichenden Wirkung des Lichtes größeren Widerstand leisten als Farben, mit denen viele Töne erzielt werden können, also die Anilin-farben. Die neuere Farbenchemie hat aber auch diesen Nachteil überwunden. Es werden heute Farblacke von höchster Lichtbeständigkeit hergestellt.

Die Farben sollen aber auch weid sein, denn Weidheit verleiht höheren Glanz. Und schließlich darf der durch Firnis gebundene Farbstoff während des Druckens nicht ins Wasser gehen. Ist das der Fall, so ist die Farbe un verwendbar. Hierin wird zuweilen schwer gesündigt. Um Firnis zu sparen wird manchmal die Farbe, die nicht kräftig genug geliefert werden kann, mit Petroleum druckfähig gemacht. Petroleum aber blindet nicht. Dadurch geht manche Farbe ins Wasser, die es bei weniger Gelz und sachgemäßer Behandlung nicht tun würde.

Ernst Herbst.

Vom Büchertisch.

Kommunale Kunstpflege. Von Hugo Hillig. (Sozialdemokratische Gemeindepolitik, Heft 14.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 80 Seiten 8^o. Preis 50 Pf.

Mit der Herausgabe dieser Sammlung wird der Zweck verfolgt, den in Gemeindeverwaltungen tätigen Genossen Material in die Hand zu geben, das ihnen in der Vertretung der sozialdemokratischen Forderungen von Nutzen sein soll und dann soll auch die breite Masse des Volkes aufgeklärt werden über die Bedeutung einer planmäßig vom sozialdemokratischen Standpunkt aus betriebenen Gemeindepolitik. Jedes Heft ist abgeschlossen und kann einzeln bezogen werden. Die Bedeutung des vorliegenden Heftes ergibt sich aus seiner Inhaltsangabe: I. Die Stadt und die Kunst. II. Das Bild der Stadt. III. Das Kunstleben der Stadt. IV. Die Kunstsätze der Stadt. V. Die Kunstzerlegung der Stadt. VI. Das Kunstgewerbe der Stadt. VII. Die Stadt und das Land. Anhang: Ausgaben der Städte für Kulturstätten, Literatur über künstlerischen Städtebau. *

Chiffre - Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme. Die Expedition.

Stellenangebote

Suche zum sofortigen Eintritt erstklassige

Maschinen-Retuscheure.

Muster, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche an [270] Kunststiller Graphia, Mannheim-L.

Masch.-Retuscheure

Für dauernde Stellung zum baldigen Antritt gesucht [210] Graphische Kunstanstalten Hermann Friederichs, Hannover.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkzeug-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Original grau feucht und „Cosmos“ feucht Lucka

48x64 cm, pro 100 Bg. Mk. 8,- u. 8,50. Fadnännisch gepfligt ist das beste Umdruckpapier. — Goldlack gibt der Bronze festen Halt und tadellosen Glanz auf dem schlechtesten Papier p. kg Mk. 5,-. — Bestes Tonschutzmittel für Zink „Radikal“ p. kg Mk. 3,50. — Trocknmittel usw. [180] H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.

TANGIER-FILMS

liefert in bester Qualität zu billigsten Preisen

F. Trommer, Leipzig, Bülowstr. 8.

Kopfdruckmaschine

Eine gebrauchte kleine [240] sowie eine kleine automatisch arbeitende Maschine, zum Bedrucken von 15 mm breiten Streifen, zu kaufen gesucht. Offerten unter G. W. 100 an die Expedition der Graphischen Presse.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf. Zu beziehen durch: Conrad Müller, Scheußnitz.

Verbandsnachrichten

Die Mitgliedschaftsvorstände werden höflichst ersucht, die Adresse des Kollegen

Florian Bayerl,

Steindruck, Buch-Nr. 34539, zwecks Mitteilungen anzugeben. Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Düren im Rheinland.

Hildesheim!

Kassierer ist Kollege E. Schünemann, Hildesheim-M., Dinkworthstraße 201.